

# „Aus einer erfolgreichen Geschichte in eine gute Zukunft“? - Die Geschichte des GdP-Bezirks Bundeskriminalamt 1953-2013

von Andrej Stephan, Historiker, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Halle (Saale), den 19. Juni 2013

## Inhalt

Inhalt.....	1
1. Einleitung.....	2
2. Zur Stellung von Gewerkschaftsgeschichte innerhalb der Polizeigeschichte .....	7
3. Kurze Bemerkungen zu Methoden- und Quellenproblemen.....	10
4. Die GdP im Bundeskriminalamt - eine Organisationsgeschichte einschließlich Angaben zur Mitgliederentwicklung .....	12
5. Zwei markante Beispiele gewerkschaftlicher Arbeit.....	37
a) Das Erreichen der zweigeteilten Laufbahn.....	37
b) Die Standortdebatte Berlin – Meckenheim – Wiesbaden 2004 und die Amtseinführung Jörg Zierckes.....	39
6. Bemerkungen zum Organisationsklima im GdP-Bezirk BKA.....	43
a) Die Kontroverse um die Zugehörigkeit zum DGB von 1986.....	43
b) Der Streitfall Heiko Loesing.....	47
7. Fallbeispiele zur Entwicklung einzelner Kreisgruppen .....	51
a) Die Kreisgruppe BStU / Bundesbeauftragter.....	51
b) Die Kreisgruppe beim Polizei- und Sicherheitsdienst des Deutschen Bundestages (PoLDBT) .....	56
8. Zusammenfassung und Thesenbildung.....	57

## 1. Einleitung

„Aus einer erfolgreichen Geschichte in eine gute Zukunft“, überschrieb der amtierende GdP-Bezirksvorsitzende, Jürgen Vorbeck, im Dezember 2012 sein Fazit dieses - bewegten und offenbar auch bewegenden - Jubiläumsjahres im Bezirksjournal der Gewerkschaft. Dabei betonte er, dass jenseits personellen Wandels, etwa bei Personalratswahlen und in Kreisgruppenvorständen, hohe Kontinuität im Verband vorherrsche: im „täglichen Geschäft“, aber auch bei außerordentlichen Anlässen wie dem Festakt zum 50-jährigen Jubiläum der Eigenständigkeit des (heutigen) Bezirkes am 22. August 2012.<sup>1</sup>

Im Jahr 2012 erfuhr der GdP-Bezirk zudem eine repräsentative Würdigung, als sein langjähriges aktives Mitglied, der ehemalige BKA-Vizepräsident und Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Gerhard Boeden (1925-2010)<sup>2</sup>, im Juni 2012 posthum durch die Neubenennung der Zufahrtsstraße zum BKA-Standort in Meckenheim geehrt wurde.<sup>3</sup> Ergänzend zu dieser Auszeichnung schmeichelte der gewerkschaftlichen Seele zweifellos auch das Lob des 11. Bundespräsidenten, Joachim Gauck, ein, der dem - auch in der Behörde des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen wirkenden - GdP-Bezirk bescheinigte, eine „tolle Truppe“ zu sein.<sup>4</sup>

Der Bezirk der Gewerkschaft der Polizei im BKA ist zugleich aber auch couragiert und im Wortsinn selbstbewusst genug, mit eigenen Defiziten offen umzugehen: So ließ es sich der stellvertretende Bezirksvorsitzende Andreas Döring nicht nehmen, am Beispiel der Kreisgruppe Berlin einerseits seit Jahren herausragende Wahlergebnisse festzustellen, andererseits aber deutlich zu machen, aus dem Kreis der Mitglieder würden Defizite bei der inhaltlichen Arbeit und bei der Außenwirkung kritisiert.<sup>5</sup>

Offene, manchmal leutselige Kommunikation nach außen und selbstkritische Bestandsaufnahme im Innern - dies sind historisch gewachsene Stärken des GdP-Bezirkes im Bundeskriminalamt. Der hier vorliegende Text nimmt es sich zur Aufgabe, in einer Ergänzung und Erweiterung der Festschrift zum

---

<sup>1</sup> Zitiert nach Jürgen Vorbeck, Aus einer erfolgreichen Geschichte in eine gute Zukunft, in: *Deutsche Polizei* 12/2012, S. BKA 1f., die Zitate jeweils auf Seite 1 (eine mit „BKA“ beginnende Seitenzahlangebe „BKA“ verweist in der Folge stets auf den Bezirksjournal der GdP im Bundeskriminalamt in der jeweiligen Ausgabe der Deutschen Polizei).

<sup>2</sup> Zur Biografie Boedens siehe einfürend Andrej Stephan, Eine Polizistenkarriere durch alle Dienstgrade - der „1945er“ Gerhard Boeden (1925-2010), in: Imanuel Baumann / Herbert Reinke / Andrej Stephan / Patrick Wagner, Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011, S. 45-55.

<sup>3</sup> Vgl. zur Umbenennung Birgit Serazio, Neue Adresse: Gerhard-Boeden-Straße!, in: *Flurfunk. Zeitung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA*, 20. Ausgabe (September 2012), S. 1.

<sup>4</sup> Zitiert nach Sigi (eigentlich Sigmund) Belz, GdP-BKA ist eine tolle Truppe, in: *Deutsche Polizei* 11/2012, S. BKA 4.

<sup>5</sup> Vgl. Andreas Döring, Neue Gesichter und alte Hasen, in: *Deutsche Polizei* 12/2012, S. BKA 4f.

50. Jahrestag der Eigenständigkeit des Bezirkes, in welcher bereits eine historische Rückschau abgedruckt ist<sup>6</sup>, Daten und Erkenntnisse zur Geschichte des Bezirkes in zugespitzte Thesen zu bündeln, die der Mitgliedschaft und der interessierten Öffentlichkeit als Anregung zu Diskussionen dienen mögen.<sup>7</sup>

Die vom Autor des vorliegenden Textes 2012 in den Raum gestellten Befunde bleiben in ihrer Substanz weiterhin nahezu unverändert: Die Gewerkschaft ist mit ihren sechs Kreisgruppen in den jeweiligen Wirkungsstätten (an drei Standorten im Bundeskriminalamt - BKA, im Bundesamt für Verfassungsschutz - BfV, beim Deutschen Bundestag und der Behörde des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik - BStU) weiter fest etabliert, blickt in der jüngeren Vergangenheit auf eine stabile Mitgliederentwicklung zurück, kann eine breite Fächerung ihres Spektrums gewerkschaftlicher Arbeit einschließlich reger Seniorenarbeit<sup>8</sup> vorweisen und hat mit den jüngsten Personalratswahlen im BKA und beim BfV<sup>9</sup> einmal mehr ihre bestimmende Rolle unter den Berufsvertretungen unter Beweis gestellt.

Die Feierlichkeiten zum Jubiläum der Eigenständigkeit des Bezirkes im August 2012 reihten sich in gewisser Weise in bei der GdP fest etablierte Formen von Traditionsbildung ein: Schon anlässlich des 50. Gründungsjubiläums der GdP im Bundeskriminalamt am 4. Dezember 2003 im Dorint-Hotel in Wiesbaden<sup>10</sup> wurde in der Festschrift ein ehrenamtlich erarbeiteter, äußerst umfangreicher, lebhafter und detaillierter Rückblick auf die Gewerkschaftsarbeit des Bezirkes präsentiert.<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> Siehe Andrej Stephan, „Mehr als ein "Beförderungs- und Höhergruppierungsverein": 61 Jahre GdP im Bundeskriminalamt - 50 Jahre Eigenständigkeit, in: Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundeskriminalamt (Hrsg.), 50 Jahre Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundeskriminalamt. Festakt zum 50-jährigen Bestehen im Bundeskriminalamt Wiesbaden, Hilden 2012, S. 14-28.

<sup>7</sup> Für wertvolle rechtsgeschichtliche Hinweise danke ich Karolin Heyne, Oliver Hartung und Dustin Heße. Das Korrektorat des zunächst heillos unsortierten und sprachlich manchmal grausamen Textes übernahm in bewährter Weise Nadja Fischer. Für Fehler, die trotz der sorgfältigen Durchsicht immer noch enthalten sind, übernehme selbstverständlich ich die volle Verantwortung.

<sup>8</sup> Zu einer vorläufigen Bilanz von 25 Jahren formalisierter Seniorenarbeit in der GdP siehe neuerdings Horst Müller, Erfahrung gestaltet Zukunft. 25 Jahre Seniorengruppe, in: *Deutsche Polizei* 5/2012, S. 9-13.

<sup>9</sup> Im Gesamtpersonalrat (GPR) des Bundeskriminalamtes konnte die GdP eine absolute Mehrheit der Mandate halten und stellt damit weiter den Vorsitzenden. Im Wiesbadener örtlichen Personalrat (öPR) fiel das Ergebnis mit elf von 17 Sitzen hervorragend aus, auch in Berlin konnten neun von 13 Sitzen errungen werden. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz errang die GdP wie schon 2008 drei Sitze. Lediglich in Meckenheim erzielte die GdP mit zwei von elf Sitzen ein unterdurchschnittliches Ergebnis. Im Hauptpersonalrat (HPR) wird der Bezirk die kommenden vier Jahre von je zwei Beamten und Tarifbeschäftigten vertreten. Siehe dazu Jürgen Vorbeck, GdP erfolgreich – Große Anerkennung für gute Personalratsarbeit, in: *Deutsche Polizei* 4/2012, S. BKA 1. Vgl. weiterhin aus Berliner Sicht Andreas Döring, „Staffelstab-Übergabe“ im Berliner Personalrat, in: *Deutsche Polizei* 5/2012, S. BKA 4.

<sup>10</sup> Vgl. zur Innensicht des Festakts Dieter Challie, 50 Jahre Gewerkschaft der Polizei im BKA – 50 Jahre Kreisgruppe Wiesbaden, in: *Deutsche Polizei* 1/2004, S. BKA 1f.

<sup>11</sup> Vgl. zum Folgenden ohne Autor, 50 Jahre GdP im BKA. 50 Jahre Kreisgruppe BKA Wiesbaden, in: Gewerkschaft der Polizei, Bezirk Bundeskriminalamt (Hrsg.), 50 Jahre Gewerkschaft der Polizei im BKA. 50 Jahre Kreisgruppe BKA Wiesbaden, Hilden 2003, S. 21-30.

Jene Rückschau orientierte sich sehr stark an den Erkenntnissen und zugespitzten Thesen der 2001 vom ehemaligen Amtsangehörigen Dieter Schenk publizierten Studie zur Frühgeschichte des Bundeskriminalamtes.<sup>12</sup> Sie entwarf für die Frühphase ein Bild der GdP in einer neu gegründeten Behörde, in welcher sich aktive Gewerkschafter auf der einen Seite und ihnen gegenüber mindestens skeptisch, mitunter sogar feindlich eingestellte (und maßgeblich in der Polizei des Nationalsozialismus geprägte) Vorgesetzte - „Monokelträger“ - auf der anderen Seite gegenüberstanden.

Und so kam der Autor des Textes denn auch zum Schluss, die (1953 gegründete und zunächst unter dem Vorsitz von Adelbert Buttler stehende) Wiesbadener GdP-Kreisgruppe habe „von Anfang an für eine andere Welt, für eine andere Zukunft des Bundeskriminalamtes“ gefochten<sup>13</sup>, bereits in den 1950er Jahren schon vieles für die Beschäftigten erreicht und dabei immer wieder im Streit gerade mit dem BKA-Vizepräsidenten (und späteren Präsidenten) Paul Dickopf gestanden, während das Verhältnis zu den amtierenden Präsidenten Hanns Jess und Reinhard Dullien konstruktiv gewesen sei. Unter anderem habe die Gewerkschaft (wiederum oft gegen den Widerstand Dickopfs), ein Sozialwerk gegründet, eine Sterbekasse etabliert und den freien Samstag erkämpft - nicht zuletzt aber auch die Vergangenheitsbewältigung des Bundeskriminalamtes damit angestoßen, indem sie im Bundesinnenministerium die Versetzung von 17 belasteten Beamten („ad hoc“) im Rahmen der „allgemeinen Überprüfung“ erwirkt hätte.<sup>14</sup>

In diesen und anderen Passagen offenbart der aus meiner Sicht als „klassisches“ GdP-Geschichtsbild für das BKA zu bezeichnende Text Schwächen durch manchmal einseitige Wertungen<sup>15</sup>, die für eine Festschrift legitim sein mögen, aber der kritischen (externen) Prüfung bedürfen. Gleichwohl gelang es dem anonymen Rückblick, anhand wichtiger Beispiele die wesentlichen Entwicklungslinien der Geschichte des heutigen GdP-Bezirks plausibel und bündig darzustellen, wesentliche Persönlichkeiten und ihr Wirken zu beleuchten, Erfolge und - bemerkenswert offen! - Krisen gleichermaßen zu berücksichtigen und auch mit Kritik (insbesondere an einzelnen Präsidenten) nicht zu sparen. Der Text mündete im Fazit: „In diesem Sinne, auf die nächsten fünfzig Jahre GdP im Bundeskriminalamt.“<sup>16</sup> 2010 schließlich verfassten Gustel Mechler und Arno Falk einen Artikel über „Die GdP im Bundeskriminalamt – eine Erfolgsgeschichte“, der sich ganz ähnlichen Erzählmustern verschrieb und insbesondere die Entwicklung seit 2001 in eine kritische Konsolidierungsphase (unter Präsident Ulrich Kersten) und darauf folgende Serie von „Befreiungsschlägen“ (unter dessen

<sup>12</sup> Siehe Dieter Schenk, Auf dem rechten Auge blind. Die braunen Wurzeln des BKA, Köln 2001.

<sup>13</sup> Zitiert nach ohne Autor, 50 Jahre GdP (wie Fußnote 11), S. 21.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 25.

<sup>15</sup> Siehe dazu auch die Angriffe auf Vizepräsident Köhler im Zusammenhang mit der Fahndungspanne von Bad Kleinen 1993 oder auf den ehemaligen Bundesinnenminister Baum, S. 27f.

<sup>16</sup> Zitiert nach ebd., S. 30.

Nachfolger Jörg Ziercke) einteilte, welche aber Probleme wie kontinuierlichen Stellenabbau und berufliche Mehrbelastung nicht gänzlich hätten beseitigen können.<sup>17</sup>

In dieser Darstellungsweise beschrieben die Autoren die späten 1990er Jahre und den Beginn des 21. Jahrhunderts wie eine Geschichte der Neugründung des Bundeskriminalamtes (wenigstens unter Jörg Ziercke), die in ähnlicher Form in der Behörde auch für die frühen 1970er Jahre erinnert wird (in dann fast heldischer Verehrung von Altpräsident Horst Herold und unter besonderer Würdigung der Verdienste des von 1969 bis 1974 amtierenden Bundesinnenministers Hans-Dietrich Genscher). Der folgende Text wird prüfen, ob diese Erzählweise in sich stimmig ist oder ob sie der Ergänzung der gar Korrektur bedarf.

Es soll also der Versuch unternommen werden, über die 2012 publizierten Ergebnisse hinaus Erkenntnisse und Quellenbefunde zusammenzufassen und in möglichst pointierter Weise zu bündeln. Der Text soll neben narrativ zu präsentierenden Informationen insbesondere auf kleinere und größere Krisen in der Verbandsgeschichte eingehen sowie in einem kleineren statistischen Teil und beigefügten Bildern die sonst wahrscheinlich schier endlos wirkenden Wortwüsten auflockern. Auf diese Weise soll den Leserinnen und Lesern ein Inhalt präsentiert werden, welcher neben der Geschichte einer Berufsvertretung als Akteurin in einer Institution auch innerverbandlichen „Klimawandel“ thematisiert.

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, meinen Geburtstagswünschen aus dem August 2012 auch meinen herzlichen Dank für die exzellente Zusammenarbeit an den GdP-Bezirk Bundeskriminalamt und seine Mitglieder nachzuschicken. Stellvertretend für alle Aktiven, die mir während der Projektbearbeitung tatkräftig zur Seite standen, seien hier Susanne Steinfatt, Jürgen Vorbeck, Andreas Döring, Ernst Lübbehusen, Egon Krüger und Sigurd Schulz genannt. Ohne ihre Unterstützung sowie die vielen Ratschläge und Hinweise meiner ungenannten Unterstützerinnen und Unterstützer hätte dieser Text nicht entstehen können.

Der Beistand des GdP-Bezirkes hatte es bereits während der Bearbeitung der Auftragsstudie zur Geschichte des Bundeskriminalamtes ermöglicht, ein kürzeres Unterkapitel zu Gewerkschaftsarbeit und Personalvertretung am Beispiel der GdP im Amt beizutragen.<sup>18</sup> Im Anschluss an diesen Text und die inzwischen mehrfach erwähnten Ergebnisse vom August 2012 soll das Vorliegende als sozusagen dritter Versuch auch den umfangreichsten Rückblick bieten: Die geneigten Leserinnen und Leser

---

<sup>17</sup> Vgl. Gustel Mechler / Arno Falk, Die GdP im Bundeskriminalamt – eine Erfolgsgeschichte, in: Arno Falk (Redakteur), Für Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. 15. Ordentlicher Delegiertentag, 28./29. April 2010 in Berlin. Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2010, S. 6-11.

<sup>18</sup> Siehe Andrej Stephan, Berufsvertretung und Personalrat - das Beispiel der Gewerkschaft der Polizei (GdP), in: Imanuel Baumann / Herbert Reinke / Andrej Stephan / Patrick Wagner, Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011, S. 45-55.

werden nach dieser Einleitung zunächst mit Betrachtungen zur Bedeutung von Gewerkschaften in der Polizeigeschichte (Kapitel zwei) und methodisch-quellenkritischen Überlegungen (Kapitel drei) konfrontiert. Einer Organisationsgeschichte des GdP-Bezirks Bundeskriminalamt (Kapitel vier) schließen sich detailliertere Ausführungen zu zwei gewerkschaftlichen Aktionsfeldern (Kapitel fünf) und Betrachtungen zum Organisationsklima anhand von Fallbeispielen an (Kapitel sechs), bevor sich der Text im Rahmen zweier Exkurse mit den GdP-Kreisgruppen BStU und PolDBT befasst (Kapitel sieben). Ein zusammenfassendes Abschlusskapitel (Kapitel acht) bündelt die Beobachtungen in zugespitzter Form.



**Zwei für die Entwicklung des Bundeskriminalamtes und des GdP-Bezirk  
maßgebende Persönlichkeiten:**

**Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (Ehrenmitglied des Bezirkes) und BKA-Präsident  
Horst Herold (Mitglied des Bezirkes) im Gespräch (ohne Jahr, um 1972)<sup>19</sup>**

---

<sup>19</sup> Sofern nicht anders angegeben, sind die Bilder in diesem Text von Ferdinand Schlagetter „geschossen“ und entwickelt worden und entstammen den Beständen des GdP-Bezirks in der Wiesbadener Geschäftsstelle in der Sonnenberger Straße. Alle Bildrechte verbleiben selbstverständlich beim Urheber.

## 2. Zur Stellung von Gewerkschaftsgeschichte innerhalb der Polizeigeschichte

Bisher hat das Wirken der Arbeit der GdP, bezogen auf das BKA, nur selten Berücksichtigung gefunden. Weder Insider wie Helmut Prante<sup>20</sup> und Horst Albrecht<sup>21</sup> - zwei Beamte, die sich im Amtsauftrag mit dessen Geschichte befassten - noch Außenstehende, aber zweifellos Sachkundige wie Armand Mergen<sup>22</sup> sowie zuletzt Michael Jürigs<sup>23</sup> ließen hier in ihren Werken einen besonderen Fokus erkennen. Dieter Schenk hat in seiner Biografie Horst Herolds zwar eine tadellose Zusammenarbeit des Präsidenten mit Gewerkschaft und Personalrat konstatiert, dies aber kaum mit konkreten Beispielen unterlegen können.<sup>24</sup> Überhaupt ist der Forschungsstand zur GdP, nicht nur im Bundeskriminalamt, höchst ausbaufähig.<sup>25</sup>

Allein Wilhelm Dietl thematisierte in seiner „BKA-Story“ Gewerkschafts- und Personalratsarbeit regelmäßig.<sup>26</sup> Zwei Beispiele mögen dies illustrieren: 1964 etwa habe der damalige Bundesinnenminister Hermann Höcherl im Innenausschuss GdP-Forderungen als Argument einer Abberufung von Präsident Dullien angeführt, was die Gewerkschaft energisch verneinte.<sup>27</sup> Später sei der Reformpräsident Horst Herold dann im Amt von den arrivierten Abteilungsleitern besonders, aber auch generell mit großer Skepsis empfangen worden – Ausnahmen bildeten nur die Gewerkschaften GdP und ÖTV (letzterer gehörte Herold bis 1978 an und wechselte dann zur GdP, deren Mitglied er bis heute ist).<sup>28</sup>

<sup>20</sup> Vgl. Helmut Prante, Paul Dickkopf oder die Gründungsgeschichte des Bundeskriminalamtes. Versuch einer Lebensbeschreibung aufgrund von Selbstzeugnissen, Briefen und Berichten (eine zeitgeschichtliche Studie), ohne Ort 1986.

<sup>21</sup> Siehe Horst Albrecht, Im Dienst der Inneren Sicherheit. Die Geschichte des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden 1988.

<sup>22</sup> Vgl. Armand Mergen, Die BKA Story, München/Berlin 1987, wo auf Seite 234 als einzige Polizeigewerkschaft oder gewerkschaftlicher Berufsverband der Bund Deutscher Kriminalbeamter erwähnt wird.

<sup>23</sup> Vgl. Michael Jürigs, BKA, Europol, Scotland Yard. Die Jäger des Bösen, München 2011. Der Autor verallgemeinert zudem unzulässig, wenn er auf Seite 167 zur Speicherung von Telekommunikationsdaten feststellt, die „Polizeigewerkschaft“ habe an der Seite des damaligen Innenministers Thomas de Maizière gestanden.

<sup>24</sup> Vgl. Dieter Schenk, Der Chef. Horst Herold und das BKA, Hamburg 1998.

<sup>25</sup> Dies beklagt auch Manfred Reuter, Polizeigewerkschaften in Nordrhein-Westfalen (NRW) am Beispiel der „Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW“ (GdP NRW), Frankfurt 2009, S. 9-11. Siehe einführend für die Gewerkschaftsgeschichte der alten Bundesrepublik Hans-Otto Hemmer / Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990 und seitdem Wolfgang Schroeder/Burkard Weßels (Hrsg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003.

<sup>26</sup> Vgl. Wilhelm Dietl, Die BKA-Story, München 2004, zahlreiche Erwähnungen von GdP und dem Bund Deutscher Kriminalbeamter passim. Beispielhaft und bezeichnend ist allerdings etwa die Charakterisierung von GdP-Bezirksgruppenchef Fuchs als „Schlüsselfigur im Getriebe des BKA“, welche die entscheidende Frage offen lässt, warum der Autor diese Beschreibung wählt, ohne sie den Lesenden plausibel zu machen. Zitiert nach ebd., S. 326.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 44-47.

<sup>28</sup> Vgl. ebd., S. 102.



**BKA-Präsident Horst Herold im Kreise seiner Gewerkschaftskollegen;  
v.l.n.r. Bernd Dünnemann, Hans-Georg Fuchs, Günter Jäntsch, Herold,  
Reiner Burkhard, Winfried Wahlig (ohne Jahr)**

Mein Argument ist, Gewerkschaftsgeschichte als Teil von Behörden- und Institutionengeschichte deutlich breiteren Raum einzuräumen, als dies bisher der Fall ist. Gewerkschaften vertreten (in den Personalräten im Rahmen der Mitbestimmung) nicht nur Personalinteressen und damit regelmäßig den Gegenpol oder notwendige Ergänzungen zum Handeln und zur Außenkommunikation von Behörden- oder Amtsleitungen, ihr Schriftgut ist auch in einer weniger bürokratischen Sprache verfasst und bietet einen tieferen Einblick in Meinungsverschiedenheiten, als dies gemeinhin für Behördenschriftgut gilt. Gleichwohl blicken die interagierenden Exponenten von Gewerkschaften (oder Berufsverbänden) im Regelfall auf eine lange berufliche Sozialisierung innerhalb ihrer spezifischen Einrichtung zurück. Insofern sind sie und die von ihnen Vertretenen organisierter und akklimatisierter Teil eines Ganzen, der das Binnenleben von Behörden und Institutionen nicht nur längere Zeit durch berufliche Befassung passiv miterlebt, sondern vielfach auch aktiv gestaltet, wenn nicht prägt.

Durch Erkenntnisse auf dem Feld der Geschichte von Polizeigewerkschaften könnte ein Beitrag zur Schließung einer Blindstelle der Geschichtsschreibung der (alten) Bundesrepublik geleistet werden - bei der Erforschung der Entstehung und Ausformung des heutigen Politikfeldes „Innere Sicherheit“ zwischen 1960 und 1970, wobei den Polizeigewerkschaften eine keinesfalls zu unterschätzende Bedeutung zukam. 1958 zum Beispiel stellte der damalige Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) auf dem Delegiertentag der GdP seine konzeptionellen Vorstellungen von einer Notstandsgesetzgebung wahrscheinlich nicht zufällig einem sehr sachkundigen und in gewisser

Weise betroffenen Publikum vor.<sup>29</sup> Wenige Jahre später, zu Beginn der 1960er Jahre, intervenierte die GdP schließlich proaktiv in die Debatten um die Ausgestaltung der Vorschrift für den ASOD (Außergewöhnlichen Sicherheits- und Ordnungsdienst) 1961, welche daraufhin erheblich entschärft wurde.

Immer wieder, auch im Reformkontext der 1970er Jahre, war es die GdP, die energisch für zivile Konzepte eintrat: Ergänzend beklagte sie aber 1973 auch, dass durch die zunehmende Belastung (auch mit sachfremden Aufgaben) der Polizei die angestrebte präventive Arbeit leide. Grundsätzlich stehe der Polizei eine umfassende Reform der Ausbildung an, die „mit Kasernierung und Uniform-Zwang“ breche, urteilten die beiden Schutzpolizeidirektoren Kurt Gintzel und Alfred Dietel damals. In dieser Zeit stieß die Gewerkschaft nicht auf konservativ orientierten politischen Widerstand, der insbesondere durch die gegenwärtige Bedrohungslage (durch den bundesdeutschen Terrorismus) geweckt wurde, sie geriet zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen auch in Konflikt mit dem sonst reformfreudigen Innenminister Willy Weyer (FDP), der sich lautstark über „Futurologen“ ereiferte. Zu diesem Konflikt urteilte Manfred Brusten, ein zur „Kritischen Kriminologie“ zählender Soziologe und Kriminologe, jedes Bröckeln in der Reformfront sei Wasser auf die Mühlen von Traditionalisten, die lediglich zurück zu ordnender Polizeiarbeit wollten.<sup>30</sup>

Die sich offenbarenden Lücken in der eigenen institutionellen Vergangenheit (und Vergangenheitsbewältigung) wurden in der GdP übrigens regelmäßig durchaus selbstkritisch gesehen: Der Bundesvorsitzende Günter Schröder sprach bei einem Festakt im Hamburg 1985 zwar blumig, aber mit Blick in die Zukunft gerichtet durchaus standfest auch über das Nachwirken der NS-Vergangenheit auf die damalige BKA-Gegenwart: „Heute noch - 40 Jahre nach der Gewaltherrschaft - ist beispielsweise das polizeiliche Verhältnis zu Sinti und Roma vielfach ungeklärt. Jedenfalls treibt einem eine entsprechende Passage aus einem polizeilichen Lehrbuch die Schamröte ins Gesicht. Das Lehrbuch ist zwar jetzt offiziell aus dem Verkehr gezogen worden. Es soll aber heute noch in den Büchereien von polizeilichen Ausbildungsstätten stehen.“<sup>31</sup>

<sup>29</sup> Vgl. dazu aus Verbandsperspektive zusammenfassend Laura Ede, 60 Jahre GdP, in: *Deutsche Polizei* 9/2010, S. 6-17, insbesondere S. 8.

<sup>30</sup> Siehe dazu für die 1970er Jahre die umfangreiche Titelgeschichte ohne Autor, „Befehl und Gehorsam - das geht nicht mehr“, in: *Der Spiegel*, 6/1973, S. 38-57, zum Wirken der GdP summarisch S. 45, zur Klage über die Überlastung der Polizei S. 49f., zur Debatte über die Zukunft der Polizei zwischen Reform und Beharrung S. 57, die Zitate ebenda.

<sup>31</sup> Zitiert nach Günter Schröder, Liquidiert vor 50 Jahren: der Schröder-Verband, in: Gewerkschaft der Polizei (Hrsg.), 40 Jahre danach - 35 Jahre GdP. Ein Jubiläum. Hamburg, 14. September 1985, Berlin / Hilden 1986 (=GdP-Schriftenreihe, ohne Nummer), S. 27-33, hier S. 30. Beim Verweis auf das Lehrbuch gemeint ist zweifellos der berühmte „Niggemeyer-Leitfaden“ aus der Feder führender BKA-Beamter. Siehe dazu Andrej Stephan, „Kein Mensch sagt HWA0-Schnitzel“ - BKA-Kriminalpolitik zwischen beständigen Konzepten, politischer Reform und „Sprachregelungen“, in: Baumann u.a., Schatten, S. 247-312, insbesondere S. 266f.

Und in der GdP im BKA selbst wurden nach der Veröffentlichung von Dieter Schenks Ergebnissen Stimmen laut, die die „Aufarbeitung“ der Vergangenheit des Amtes einforderten, weil aus ihrer Sicht bisher weitgehend geschwiegen werde und damit zugleich die Vorgeschichte und das Dienstverhalten von Schenk Untersuchten bemäntelt würde. Bedienstete des Amtes hätten das Recht, die Amtsleitung zum Handeln aufzufordern, schlussfolgerte Herrmann Maxeiner, der knapp 30 Jahre BKA-Beschäftigter gewesen war, im August 2002 in einem Leserbrief - und bekam von der Schriftleitung des Bezirksjournal breiten Raum für seine Gedanken eingeräumt.<sup>32</sup> Zu erwähnen ist nicht zuletzt eine 2004 vom Bundesverband vorgelegte Chronik zur Verbandsgeschichte.<sup>33</sup>

### 3. Kurze Bemerkungen zu Methoden- und Quellenproblemen

Für Historikerinnen und Historiker ist angesichts dieses eher lückenhaften und überwiegend in der Organisation selbst entstandenen Forschungsstandes die Erschließung weiterer Quellen nicht ganz einfach. Und selbst wenn neues Material aufgespürt wird, ergeben sich weitere Probleme: Die Quellen zur GdP im Bundeskriminalamt reichen (dies gilt analog zur Gewerkschafts- aber auch für die Amtsgeschichte insgesamt) in größerer und aussagefähiger Dichte nur bis zum Beginn der 1960er Jahre zurück. Für vieles, was davor in der Vergangenheit liegt, verlassen wir uns also entweder auf äußerst fragmentarische Bestände oder - in ihrem Gehalt und in ihrer allgemeinen Aussagekraft kritisch zu befragende - Zeitzeugenerinnerungen oder -aufzeichnungen. Oft steht dann nur die (wiederum aus zweiter oder dritter Hand stammende) Erinnerungen aus der Organisation selbst zur Verfügung, bei der wir regelmäßig auf rundgeschliffene, aus der Gegenwart im langen Bogen in die Vergangenheit blickende und entsprechend wertende Narrative stoßen.

Im Falle der GdP im Bundeskriminalamt werden Historikerinnen und Historikern bei ihren Versuchen, einen Beitrag zur Erweiterung des Kenntnisstandes beizutragen, vergleichsweise komfortable Bedingungen geboten. Die vorhandenen Unterlagen sind vielfältig, sie sind - zudem an einer Stelle, nämlich in der Geschäftsstelle des Bezirkes in Wiesbaden - systematisch archiviert und gelagert. Aufgrund der im Vergleich eher geringen Größe des Bezirkes bleibt auch ihr Umfang bearbeitungsfähig. Neben den strukturbildenden Vorstandsprotokollen und Dokumentationen zu den Delegiertentagen erwiesen sich insbesondere Bestände zu einzelnen Kreisgruppen und der vielfältige Schriftwechsel des Bezirkes als echte Fundgrube. Als Einschränkung muss hier freilich

<sup>32</sup> Vgl. Herrmann Maxeiner, Weggeschaut - ignoriert - gekniffen, in: *Deutsche Polizei* 8/2002, S. 6f.

<sup>33</sup> Siehe hierzu Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Abteilung IV Bildung / Werbung, Stationen - Erfolge - Aktionen, 2004 - bis hierher und noch weiter, Hilden 2004, Onlinereource: [https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/image/\\$file/hierz.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/image/$file/hierz.pdf) [letzter Zugriff am 11. Juni 2013].

benannt werden, dass das Gros der vorliegenden Unterlagen den zum Bundeskriminalamt zuzuordnenden Kreisgruppen (insbesondere der in Wiesbaden ansässigen) entstammt und die Quellenlage zu den jüngeren Kreisgruppen (Berlin, BStU), aber auch zur PoIDBT und zur Kreisgruppe BfV eher fragmentarischen Charakter aufweist. Weite Teile der frühen Bestände der Kreisgruppe BStU zum Beispiel sind bedauerlicher Weise aus logistischen Gründen nicht archiviert worden.<sup>34</sup>

Nicht zuletzt basiert dieser Text aber auch auf einer systematischen Durchsicht des Bezirksjournal des GdP-Bezirks seit dessen Eigenständigkeit im Jahre 1962. Für die Zeit davor wurde punktuell auf Berichte im hessischen Bezirksjournal zurückgegriffen. Im Bezirksjournal finden sich nicht nur Informationen über gewerkschaftliche Aktivitäten, Personalratsarbeit und politische Einflussnahmeversuche, es stellt uns stellt bis auch eine Plattform für nicht immer völlig konfliktfreien innerverbandlichen Meinungs austausch dar. Insofern ist der Bezirksjournal als wichtige Ergänzung zu den „ordentlichen“ Beständen des Bezirkes zu verstehen. Ebenfalls ergänzenden Charakter hatten im Zusammenhang mit der Arbeit der damaligen Bezirksgruppe stehende Bestände des Bundesinnenministeriums im Bundesarchiv, Standort Koblenz.

Schlüsselstellungen bei der Abfassung des überwiegenden Teils des oben skizzierten Quellenmaterials (nämlich den Unterlagen des GdP-Bezirks selbst) nahmen neben exponierten Persönlichkeiten im Bezirksvorstand und den Kreisgruppenvorständen zum Beispiel mit redaktionellen Aufgaben oder der Schriftleitung im Bezirksjournal der *Deutschen Polizei* Betraute ein. Ob, wann und wie sich dies konkret auswirkte, wird in den kommenden Kapiteln zu untersuchen sein.

---

<sup>34</sup> So die Angaben zweier Experten der Kreisgruppengeschichte, Egon Krüger und Sigurd Schulz, im Gespräch mit dem Autor am 17. April 2012 in Berlin.

#### **4. Die GdP im Bundeskriminalamt - eine Organisationsgeschichte einschließlich Angaben zur Mitgliederentwicklung**

Gewerkschaftliche Interessenvertretung bei der Polizei weist in die Weimarer Republik (in Einzelfällen, wenn auch in illegaler Form, sogar noch weiter) zurück, wo sich im Mai 1919 der „Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands“ unter dem Vorsitz Ernst Schraders (1877-1936) gegründet hatte.<sup>35</sup> Die Erinnerung an diese Frühformen gewerkschaftlicher Arbeit ist aber auch mit der bitteren Erkenntnis verbunden, dass sich mit der beginnenden Auflösung und Unterwanderung des „Schrader-Verbandes“ durch NSDAP-nahe Funktionäre 1932 viele der dort Organisierten fast unbruchlos und ohne großes Zögern den Nationalsozialisten in die Arme gestürzt hatten<sup>36</sup>, welche den Gewerkschaftsbegriff alsbald pervertieren sollten.

Bekanntermaßen hatte die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 unabhängige Gewerkschaftsarbeit schon Anfang Mai völlig unmöglich gemacht, als am 2. Mai die Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) zerschlagen und ihre Räumlichkeiten besetzt wurden und am 10. Mai 1933 mit der Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) jede organisatorische Eigenständigkeit von Arbeitnehmerorganisationen ein Ende fand. Auch Polizeigewerkschafter wurden von den neuen Machthabern verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt, wo unter anderem der Schrader-Geschäftsführer Emil Winkler 1933 den Tod fand. Auch Ernst Schrader, der 1936 starb, hatte längere KZ-Haft erlitten. Im Juli 1933 löste sich der „Schrader-Verband“ auf - besser: Er wurde organisatorisch und materiell in eine nationalsozialistische Nachfolgeorganisation überführt.

Ein Wiederaufbau nach dem Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft 1945 erwies sich als äußerst mühsam. Während in der amerikanischen Besatzungszone rasch Fachgruppen mit Verbindung zu unterschiedlichen Gewerkschaften entstanden, war den Polizeibeamten in der französischen und britischen Besatzungszone ihre Organisation erheblich erschwert worden: Sie unterlagen einem totalen Koalitionsverbot, das in der französischen Besatzungszone - und auch nur mit Auflagen! - erst im September 1949 (und damit nach der Gründung der Bundesrepublik) gelockert wurde. In der britischen Besatzungszone durften ab März 1948 Personalvertretungen

---

<sup>35</sup> Zur Biografie und zum Wirken Schraders siehe Martin Endemann, Schrader, Ernst, abrufbar unter <http://www.stiftung-bg.de/kz-oranienburg/index.php?id=393> [letzter Zugriff am 18. Juni 2013].

<sup>36</sup> Vgl. hierzu Hans Mommsen, 40 Jahre danach - 35 Jahre GdP, in: Gewerkschaft der Polizei (Hrsg.), 40 Jahre danach - 35 Jahre GdP. Ein Jubiläum. Hamburg, 14. September 1985, Berlin / Hilden 1986 (=GdP-Schriftenreihe, ohne Nummer), S. 15-26, zu den Übertritten S. 20. Über den Systemwechsel 1933 mogelt sich im gleichen Band der Rückblick des GdP-Bundesvorsitzenden herum. Vgl. Günter Schröder, Liquidiert vor 50 Jahren: der Schrader-Verband, in: ebd., S. 27-33, hier S. 29.

gewählt werden. Solche Restriktionen bewirkten, dass sich die Gewerkschaft der Polizei als ausgesprochene Spätstarterin erst am 14. September 1950 in Hamburg gründete und im selben Jahr 42.500 Mitglieder (im Gegensatz zum „Schrader-Verband“: als Einheitsgewerkschaft ausdrücklich Arbeiter, Angestellte und Beamte) vereinigte. Wegen eines Vetos der ÖTV trat die GdP, die dies eigentlich wollte, allerdings für mehr als 25 Jahre nicht dem DGB bei.<sup>37</sup>

Als am 1. April 1951 auf Beschluss des Bundeskabinetts das Gesetz über die Errichtung des Bundeskriminalamtes in Kraft trat, waren in diesem 74 Mitglieder in der Gewerkschaft der Polizei organisiert.<sup>38</sup> Vorläufig gehörten sie noch dem Landesbezirk Hamburg an – und wurden, wie das Amt auch, im Juli 1953 nach Wiesbaden „verlegt“. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 158 Mitglieder zu zählen, die fortan die Kreisgruppe BKA im Landesbezirk Hessen bildeten.<sup>39</sup> Als offizielles Gründungsdatum gilt der 11. September 1953.<sup>40</sup>

Über die frühen Jahre der Kreisgruppe ist wenig bis nichts bekannt. Wohl kennen wir die Namen von Vorständen und Vorsitzenden – Quellen zur konkreten Gewerkschaftsarbeit allerdings sind nur spärlich vorhanden. Sicher ist, dass mit Adelbert Buttler der erste Kreisgruppenvorsitzende (1953-1955) der GdP im BKA ein Polizist war, der bereits der Polizei im Nationalsozialismus angehört hatte. Neben Buttler gehörten mit Josef Ochs und Ernst Brückner, Kurt Lach sowie Theodor Saevecke weitere Persönlichkeiten der BKA-Frühgeschichte der GdP an, die durch herausgehobene Positionen zu den „leitenden Herren“ der Behörde zählten und zudem den wesentlichen Teil ihrer beruflichen Erfahrungen als Polizisten des NS-Unrechtsstaats gesammelt hatten.<sup>41</sup> Gewerkschaftsmitglieder waren oder wurden sie aus unterschiedlichen Motiven dennoch. Es fällt also schwer zu glauben, dass – wie Siegfried Brugger es griffig formuliert hat – im Amt ein Dualismus geherrscht hat, an dessen Konfliktlinien „zum ‚linken‘ Spektrum“ gehörende Gewerkschafter in der Frühphase der

<sup>37</sup> Vgl. zum Vorstehenden die daten- und faktenreiche, mitunter aber etwas unsortierte und überdies nachvollziehbar nicht unparteiische Darstellung von Friedrich Gniesmer, *Der Weg zur und mit der GdP*, in: *Gewerkschaft der Polizei* (Hrsg.), *Die deutsche Polizei. Ihre Geschichte, ihre Gewerkschaft, Daten, Fakten, Meinungen. 1950-1980. 30 Jahre Gewerkschaft der Polizei*, Hilden/Berlin 1980, S. 1-58.

<sup>38</sup> Vgl. zur Entwicklung des Bundeskriminalamtes in der Folge Imanuel Baumann / Herbert Reinke / Andrej Stephan, *Grundzüge der Organisationsentwicklung, 1949-1983*, in: Baumann u.a., *Schatten*, S. 15-68.

<sup>39</sup> Vgl. ohne Autor, *Die organisatorische Entwicklung der Bezirksgruppe Bundeskriminalamt*, in: Richard Steinke (Redakteur), *Gewerkschaft der Polizei, Bezirksgruppe Bundeskriminalamt – Delegiertentag 1968 am 12. und 13. September in Wiesbaden*, Hilden, ohne Jahr, S. 37-39. In Hessen wurde den im Bundeskriminalamt beschäftigten Mitgliedern sozusagen vertretungsweise ein Sitz im Vorstand zugebilligt. Vgl. ohne Autor, *Ergebnis der Wahlen auf dem Delegiertentag*, in: *Deutsche Polizei* 5/1955, S. VII (hessischer Bezirksteil). Zunächst füllte diese Funktion Rolf Tischmann aus, der 1956 auch als Beisitzer in den Bundesvorstand aufrückte. Vgl. hierzu ohne Autor, *Zeugnis lebendiger Demokratie*, in: *Deutsche Polizei* 5/1956, S. 97-110, hier S. 103. (1957 wurde Tischmann im Amt bestätigt). 1958 rückte Erwin Giese in den Bundesvorstand auf, 1962 folgte Rudolf Knoche. Spätestens ab 1957 wirkten GdP-Vertreter aus dem BKA auch in den durch den jeweiligen Bundeskongress eingesetzten Kommissionen der Bundesebene mit.

<sup>40</sup> Vgl. den Rechenschaftsbericht Knoches auf dem Delegiertentag 1962, in: GdP 3 in GdP-Box im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>41</sup> Zu den möglichen Prägungen dieser Männer, insbesondere anhand der Fallbeispiele Ochs und Saevecke, siehe Baumann u.a., *Schatten*.

Amtsgeschichte allein wegen ihrer politischen Orientierung mit besonders konservativen Vorgesetzten in der Amtsleitung aneinander geraten wären.<sup>42</sup>

**Adelbert Buttler,  
Gründungsvorsitzender  
der GdP im BKA**



Zu den GdP-Mitgliedern gehörte auch Leo B. Dieser war ein BKA-Beamter, der wegen seiner Vergangenheit in der Polizei des Nationalsozialismus ins Visier der Ermittler der „Allgemeinen Überprüfung“ im Bundeskriminalamt geraten sollte. Für einen exponierten Dienst bei der Sicherungsgruppe war er nach Sichtung der Erkenntnisse gemäß amtsinterner Einschätzung jedenfalls nicht mehr verwendungsfähig und wurde, nach einer längeren Erkrankung gegen Ende des Jahres 1963 und einem kurzen Intermezzo bei der Zentralfahndung, im Juni 1964 auf eigenen Antrag vorzeitig pensioniert.<sup>43</sup> Als B. am 12. Dezember 1974 im Alter von 66 Jahren verstarb, veröffentlichte die GdP zum Andenken an das ihr seit 1953 angehörende Mitglied einen der sonst eher seltenen Nachrufe im Bezirksjournal der Deutschen Polizei, in dem es unter andere hieß, B. sei „ein allseits beliebter, geschätzter und kollegialer Mitarbeiter [gewesen], dessen Andenken wir in Ehren halten werden“.<sup>44</sup> Offensichtlich schlossen sich eine düstere Vergangenheit vor 1945 und ein geschätztes Berufsleben danach also keinesfalls aus - jedenfalls in keiner Weise, die eine Kategorienbildung nach dem Muster „gute Gewerkschafter hier, böse Nazis dort“ nahelegt.

Auf Adelbert Buttler folgte mit Rolf Tischmann ein Vorsitzender, der bis 1958 in Personalunion auch dem Personalrat des Bundeskriminalamtes vorsah und 1958 seine Ämter niederlegen musste, als er in den Dienst des Bundesgrenzschutzes wechselte.<sup>45</sup> Unbestreitbar dürfte sein, dass die Aktiven der ersten Stunden bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit immensen persönlichen Tribut zu zollen hatten: Ihre Treffen fanden im Kasino des Amtes statt, eine Geschäftsstelle war nicht vorhanden, für

<sup>42</sup> Vgl. Siegfried Brugger, 40 Jahre Bezirk Bundeskriminalamt der Gewerkschaft der Polizei, in: Horst Kempe (Redakteur), 13. Ordentlicher Delegiertentag mit Festakt 40 Jahre Bezirk Bundeskriminalamt am 17./18. April 2002 im Dorint Hotel Wiesbaden, Wiesbaden o. J., S. 17-28.

<sup>43</sup> Zur Biografie von B. und zu den Ermittlungen gegen ihn, der er unter anderem im KZ Płaszów im Stab von Amon Göth gedient hatte, siehe Imanuel Baumann, Weg mit den alten Kameraden? Die Integration von NS-Polizisten in das BKA und die Politik der Allgemeinen Überprüfung, in: Ders. u.a., Schatten, S. 87-137, hier S. 118ff.

<sup>44</sup> Siehe hierzu den Nachruf (ohne Autorenangabe) in *Deutsche Polizei* 2/1975, S. BKA 7.

<sup>45</sup> Vgl. ohne Autor, Aus den Bezirks- und Kreisgruppen: Kreisgruppe Bundeskriminalamt, in: *Deutsche Polizei* 1/1959, S. He 4 (hessischer Landesjournal).

Gewerkschaftsarbeit dienstfrei bekam man zunächst sechs, später sogar nur fünf Tage im Kalenderjahr.<sup>46</sup>

Schauen wir nun, was die GdP unter diesen Rahmenbedingungen in den 1950er Jahren leisten konnte: Schon im April 1951 ist für das Kriminalpolizeiamt für die Britische Zone, die Vorläuferinstitution des BKA, ein Angestelltenbetriebsrat nachweisbar.<sup>47</sup> Ende 1953 fragte Verwaltungschef Eduard Michael beim Bundesinnenministerium nach, ob die Gewerkschaften gemäß den „einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen“ das Recht hätten, bei den Betriebsratswahlen „von sich aus“ (!) Kandidaten vorzuschlagen - und erhielt die Antwort, dass dies sehr wohl statthaft sei.<sup>48</sup>

Die GdP warb zudem offen um Mitglieder auch bei den „leitenden Herren“. Als dies in einer Abteilungsleiterbesprechung 1955 kritisch angesprochen wurde, verfügte Präsident Dullien salomonisch, dass die Werbung für sich genommen legitim sei, die Entscheidung darüber aber den privaten Bereich berühre.<sup>49</sup> Bereits im Vorjahr hatte der Präsident, der Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit anerkannte, aber die Folgen für den Dienst in einer personell lange unzureichend ausgestatteten Behörde sah, Überlegungen zur Hauptamtlichkeit des Betriebsratsvorsitzenden laut werden lassen, das Thema dann aber offenbar nicht weiter verfolgt.<sup>50</sup>

Im März 1955 schließlich erkundigte sich die Behördenleitung bei der Fachaufsicht nach der Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Betriebsrates im BKA. Bisher führe dieser seine Tätigkeit auf Grundlage von Übung und Gewohnheit, aber ohne jegliche verbindliche Betriebsvereinbarung durch. Das BMI argumentierte, mit dem Wegfall der Kontrollratsgesetze existiere in der Tat keine Grundlage, daher könne weiter wie bisher verfahren werden.<sup>51</sup> Basis dieses Schriftwechsels war eine überschaubare Kontroverse zwischen dem hessischen GdP-Landesbezirk und BKA-Präsident Jess sowie Paul Dickkopf gewesen. Letzterer hatte konstatiert, für das BKA gelte das hessische Betriebsrätegesetz nicht und Jess hatte die Gewerkschaft darum gebeten, ein Personalvertretungsgesetz des Bundes abzuwarten. Jene akzeptierte, antwortete aber Dickkopf spitz: „Es ist aber auch keinesfalls möglich, sehr geehrter Herr Regierungsdirektor, den Betriebsrat Ihres Amtes darauf hinzuweisen, daß sich seine Arbeit bei Ihrem Amte in den Grenzen bewegen müsse, die

---

<sup>46</sup> Vgl. Brugger, 40 Jahre Bezirk Bundeskriminalamt, S. 20.

<sup>47</sup> Siehe das Schreiben PR/V-P 3656/52 Präsident Hagemanns vom 16. Februar 1952 an das Bundesinnenministerium, in: BArch B 106/11396.

<sup>48</sup> Jeweils zitiert nach dem Schreiben Michaels an S 6 Dr. Gunia vom 23. Dezember 1953, in: BArch B 106/11396.

<sup>49</sup> Vgl. das Protokoll der Abteilungsleiter-Besprechung am 8.7.1955, in: BArch B 131/1314, hier S. 2.

<sup>50</sup> Vgl. das Protokoll der Abteilungsleiterbesprechung am 19. Mai 1954, in: ebd., S. 1.

<sup>51</sup> Vgl. das Schreiben BKA VH/P 13.81/55 vom 15. März 1955, in: ebd.

durch den gesunden Menschenverstand und durch das gute Einvernehmen unter den Partnern gezogen seien.“<sup>52</sup>

Diese Haltung Dickkopfs dürfte sich, bezogen auf die Wirksamkeit des Handelns des Personalrates, mit der alsbald folgenden Einführung des Bundespersonalvertretungsgesetzes geändert haben. 1956 und 1957 setzte sich der Personalrat des Hauses etwa für den so genannten umschichtig freien Samstag ein und erzielte in einer Personalversammlung auch eine klare Mehrheit (227:58) für dieses Ziel. Präsident Dullien sprach sich gegen das Vorhaben aus, musste aber ab April 1957 die probeweise Einführung bis Oktober 1958 hinnehmen. Als das Projekt dann fast geräuschlos wieder zu den Akten gelegt werden sollte, schaltete sich die GdP ein: Ab Mai 1959 wirkte sie mit dem Personalrat hartnäckig auf die Entscheidungsträger im Bundesinnenministerium ein, bis nach zäher Kompromissuche ab März 1960, bei einer Kürzung der Mittagspausen und Arbeitszeitverlängerung in der Woche, an Samstagen nur noch von acht bis 13 Uhr gearbeitet wurde und jeder zweite Samstag frei blieb.<sup>53</sup>

Ihre Bemühungen sollten sich für die GdP allerdings nur in beschränktem Maße rentieren. Bei der Personalratswahl im Herbst 1960 büßte sie einen Sitz im Gesamtpersonalrat ein (stellte mit Gerhard Hollstein aber weiter den Vorsitzenden) und kam auf insgesamt fünf Sitze.<sup>54</sup> Zuvor war die Gewerkschaft bei den Wahlen zu den örtlichen Personalräten noch als stärkste Kraft hervorgegangen, sie hatte in Wiesbaden vier von acht und in Bonn Bad-Godesberg nach einem triumphalen Erfolg unter den wählenden Beamten vier von sieben Sitzen errungen.<sup>55</sup>

Es hatten sich zu dieser Zeit offenbar noch keine endgültig effektiven Praktiken und Routinen der Personalvertretung einüben lassen. Und so mag hier und da auch Enttäuschung die heutigen Erinnerungen mitbestimmt haben: Als sich die Bezirksgruppe 1960 mit ihren Vorstellungen zu Änderungen im Bundeshaushaltsplan für 1961 an die Bundestagsinnenausschussangehörigen und das Ministerium wandte, ignorierte der zuständige Ministerialdirektor die Bitte um Unterstützung und das Gesprächsangebot schlichtweg und verfügte das Schreiben zu den Akten.<sup>56</sup>

Auch an anderer Stelle setzten sich Vertreter des Bundesvorstandes unter Mitwirkung von im BKA beschäftigten GdP-Mitgliedern für die spezifischen Belange der späteren Bezirksgruppe ein, unter anderem, als 1957 im Rahmen der Verabschiedung des Bundesbesoldungsgesetzes eine Höhergruppierung der Beschäftigten des mittleren Vollzugsdiensten nicht nur mit neuen

---

<sup>52</sup> Zitiert nach BArch B 106/11396.

<sup>53</sup> Vgl. zu diesen Bemühungen BArch B 106/15631.

<sup>54</sup> Vgl. ohne Autor, Wahlen zum Gesamtpersonalrat im Bundeskriminalamt, in: *Deutsche Polizei* 12/1960, S. He 95.

<sup>55</sup> Vgl. ohne Autor, Personalratswahlen im Lande Hessen, in: *Deutsche Polizei* 7/1960, S. He 51 (hessischer Landesjournal).

<sup>56</sup> Vgl. den Vorgang unter den Aktenzeichen 23.12 E/Da. und 23.12 E.MK in BArch B 106/11398.

Dienstbezeichnungen, sondern auch mit Höherstufungen versehen werden konnte.<sup>57</sup> Solche Ergebnisse als Folge direkter Interventionen scheinen allerdings zunächst die Ausnahme gebildet zu haben: Anfang 1961 bekannte sich der Bundesverband im Rahmen von Haushaltsverhandlungen in pathetischen Worten zum BKA (diese sei „nicht eine Behörde mit einem abgeschiedenen Eigenleben“) und argumentierte für Hebungen im Stellenkegel.<sup>58</sup> Bereits in der Folgeausgabe musste die GdP allerdings eingestehen, dass bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltes entgegen der Gespräche und Ankündigungen auf den Parlamentsfluren und im Widerspruch zu den optimistischen Einschätzungen im Januarheft keinerlei der erhofften Vorschläge das Parlament passierte, ja, es hatte nicht einmal entsprechende Anträge gegeben.<sup>59</sup>

Inzwischen war die hessische Kreisgruppe im BKA derart angewachsen, dass sich 1960 eine aus zwei Kreisgruppen bestehende Bezirksgruppe BKA bildete<sup>60</sup> (bereits seit 1956 existierte bei der Sicherungsgruppe in Bonn Bad-Godesberg eine Kreisgruppe SG) und diese auf Beschluss des GdP-Bundesvorstandes (bei nur einer Gegenstimme) am 25. Juli 1962 zum 1. August in die organisatorische Eigenständigkeit entlassen wurde.<sup>61</sup> Wenig später, am 22. September 1962, feierten 368 Mitglieder den Gründungsdelegiertentag der Bezirksgruppe Bundeskriminalamt in Bad Godesberg und wählten Rudolf Knoche zum ersten Vorsitzenden.<sup>62</sup>

Dabei haben zwei Überlegungen eine Rolle gespielt: Einerseits gingen die spezifischen BKA-Interessen im großen, regional vielfältigen hessischen Bezirk rein quantitativ unter. Daran konnten auch Vorstandsposten nur wenig ändern. Zum anderen wurde das Argument stark gemacht, eine effektive Vertretung des fast nahtlos an die Bundesebene angeschlossenen Bundeskriminalamtes dürfte erleichtert werden, wenn der Verband als eigenständiger Akteur und im Zusammenspiel mit dem Bundesvorstand nicht nur mit der Amtsleitung, sondern auch mit dem Bundesinnenministerium und bundespolitischen Akteuren in unmittelbarem Austausch treten könne.<sup>63</sup>

<sup>57</sup> Siehe dazu im Detail Günter Schnupp, Höhergruppierung der Bundeskriminalpolizei durch Bemühungen der Gewerkschaft der Polizei verwirklicht, in: *Deutsche Polizei* 7/1957, S. 145-150, insbesondere S. 145.

<sup>58</sup> Vgl. Günther Erdmann, Das Schwergewicht liegt beim kriminalpolizeilichen Sachbearbeiter, in: *Deutsche Polizei* 1/1961, S. 1f., das Zitat S. 2.

<sup>59</sup> Vgl. Ders., Bundeshaushalt 1961 angenommen, in: *Deutsche Polizei* 2/1961, S. 98.

<sup>60</sup> Gemäß Beschluss des Bundesvorstandes wurde die bis dahin existierende Kreisgruppe Bundeskriminalamt in eine Bezirksgruppe mit zwei selbständigen Kreisgruppen umbenannt, Vorsitzender wurde Erwin Giese. Vgl. die entsprechenden Notizen unter der autorenlosen Rubrik Aus den Kreisgruppen, in: *Deutsche Polizei* 5/1960, S. He 39f (hessischer Landesjournal).

<sup>61</sup> Vgl. ohne Autor, Die Bezirksgruppe Bundeskriminalamt, in: Gewerkschaft der Polizei Bezirksgruppe Bundeskriminalamt (Hrsg.), 11. Delegiertentag, Wiesbaden, 26.-27. April 1964, Hilden o. J., S. 21.

<sup>62</sup> Vgl. Karl Heinz Gerland, Gründungsdelegiertentag der Bezirksgruppe Bundeskriminalamt, in: *Deutsche Polizei* 11/1962, S. 325f.

<sup>63</sup> Siehe hierzu die Zusammenfassung der Verselbständigungsgründe im Protokoll über die außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bundeskriminalamt am 2. Juli 1962 vom 5. Juli 1962, in: GdP 3 in GdP-Box 3 im Archiv des Bezirks in Wiesbaden, insbesondere S. 2.



Am 9. November 1962 lud die Kreisgruppe Bundeskriminalamt Wiesbaden den GdP-Bundesvorsitzenden Werner Kuhlmann ein, der im Zuge der „Spiegel-Affäre“ Kritik an der Festnahme einiger Spiegel-Redakteure geübt und damit den Rücktritt des Bezirksgruppenvorsitzenden Knoche und seines 1. Stellvertreters, Gerhard Boeden, provoziert hatte. In Wiesbaden wurde ihm vorgeworfen parteipolitische Äußerungen getätigt zu haben. Kuhlmann bestritt dies, war aber erster Auslöser einer Grundsatzmeinungsverschiedenheit, welche die Bezirksgruppe auch viel später noch beschäftigten sollte (siehe Kapitel 6 a).<sup>64</sup>

Der Rücktritt Rudolf Knoches hatte zudem zur Folge, dass mit Siegfried Brugger eine auf lange Zeit prägende Persönlichkeit der GdP im BKA kommissarisch zum Schriftführer bestellt wurde und - nachdem Horst Lörus das Amt bis dahin weitergeführt hatte - auf dem 2. Delegiertentag am 26. September 1964 zum Vorsitzenden avancierte. Dieses Amt sollte er bis April 1986 innehaben. Bereits im Oktober 1964 wurde Brugger auch als Beisitzer in den GdP-Bundesvorstand gewählt.<sup>65</sup> Sein Wirken wird vom Bezirk bis heute mit Dankbarkeit und Wohlwollen gewürdigt. Nachdem Brugger 2003 nach einem zehnjährigen Ruhestand auf Teneriffa seinen 75. Geburtstag in vertrauter Umgebung gefeiert hatte, würdige Arno Falk ihm im Bezirksjournal mit warmen Worten: Das Bundeskriminalamt und seine Beschäftigten würden „den Namen Siegfried Brugger mit erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit, mit Fortschritten für die Beschäftigten, mit Beharrlichkeit und Durchsetzungsvermögen“ verbinden.<sup>66</sup>

Mit großer Spitzfindigkeit und interpretatorischem Mut lassen sich einzelne Quellen aber durchaus so auslegen, dass die GdP noch in den frühen Jahren unter Bruggers Führung - freilich diplomatisch verklausuliert - beklagte, wie ausbaufähig der Zugang zu Präsident Dickopf gewesen sein muss; Zeugnis davon legt etwa ein Bericht zu einem Treffen mit Dickopf und seinem Personalchef Helmut Mertz ab.<sup>67</sup>

Dies alles sollte sich innerhalb eines halben Jahrzehntes grundsätzlich ändern und vielfach sogar ins Gegenteil verdrehen - bezogen auf die nun eigenständig agierende Bezirksgruppe der GdP, aber auch bezogen auf das Amt selbst. Die GdP-Bezirksgruppe hatte sich übrigens schon im Vorfeld dessen, was wir heute als Reformintensivphase der deutschen Polizeien bezeichnen können (in etwa die Zeit

<sup>64</sup> Vgl. das Protokoll über die Zusammenkunft vom 18. November 1962, in: GdP 3 in GdP-Box 3 im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>65</sup> Vgl. ohne Autor, Weiter mit klarem Kurs, in: *Deutsche Polizei* 11/1964, S. 321-328, zum Wahlausgang S. 328.

<sup>66</sup> Zitiert nach Arno Falk, Unverwüstlich wie in seinen besten Zeiten, in: *Deutsche Polizei* 9/2003, S. BKA 3.

<sup>67</sup> Vgl. ohne Autor, Aus der Vorstandsarbeit, in: *Deutsche Polizei* 3/1968, S. BKA 17-19. Der Bericht beklagte zum Beispiel die „leider länger zurückliegende letzte Besprechung“ sowie die „Kürze der zur Verfügung stehenden Gesprächszeit“ und war in einem distanzierten Duktus gegenüber dem Präsidenten verfasst. Er mündete in der technischen Formulierung: „Wir hoffen, daß auch die weiteren Gespräche in aufgeschlossener und den Interessen des Amtes dienender Atmosphäre stattfinden werden.“ Alle Zitate ebd.

zwischen 1965 und 1975), aktiv an der Vorbereitung der notwendigen faktischen Grundlage beteiligt. Nach Erscheinen des „Schwarzbuchs“ nahm ein namentlich nicht zeichnender Autor (jedenfalls wendete die Bezirksgruppe viel des wertvollen Platzes im Bezirksjournal auf) ausführlich Stellung zu dessen Inhalt und referierte unter anderem die enthaltenen Positionen zu Problemen der Organisation der Kriminalpolizei in der Bundesrepublik, zu Laufbahnen und zur notwendigen Einführung der elektronischen Datenverarbeitung. Damit öffnete sich die Bezirksgruppe Impulsen, die etwa in der Amtsleitung - auch wenn hier ältere Urteile weiter korrekturbedürftig bleiben - noch auf erhebliche Skepsis stießen.<sup>68</sup>

In den Folgejahren entwickelte sich die Bezirksgruppe fulminant: Bereits 1968 vereinte sie 600 Mitglieder (bei 803 besetzten Stellen im Amt). Und es gelang ihr, durch exzellente Kontakte zu Bundestagsabgeordneten des Innenausschusses des Bundestages ihre Interessen sehr viel direkter zu adressieren, als dies noch um das Jahr 1960 der Fall war.<sup>69</sup> Bereits 1964 hatte BKA-Präsident Dullien diese Strategie der Bezirksgruppe in einem Grußwort an den 2. Delegiertentag in den Mittelpunkt gestellt.<sup>70</sup>

Während der ersten großen Koalition (1966-1969) auf Bundesebene ging sie insbesondere auf die in der Opposition befindliche freidemokratische Partei zu und hatte, als die FDP ab 1969 mit der SPD eine Koalition bildete und Hans-Dietrich Genscher als Innenminister die Verantwortung für den rasanten Ausbau des Bundeskriminalamtes übertragen bekam, ihre Vorstellung sozusagen direkt „an den Mann“ bringen können. Am 1. September 1970 rempelte die GdP-Bezirksgruppe Genscher allerdings heftig an. Das Bundespressamt registrierte eine dpa-Meldung, nach welcher die Gewerkschaft geltend machte, die Arbeitsbedingungen im BKA hätten sich seit dem Regierungswechsel trotz großer Versprechen nicht wesentlich gebessert, es bestehe immer noch „drückende Raumnot“ und „permanente Überbeanspruchung“.<sup>71</sup> Schon zuvor, sozusagen als Präventivkompensation für diese Attacke, lud sie den Minister aber umgehend zum 5. Delegiertentag im November 1970 ein.<sup>72</sup> Grundlage der Offensive war eine Eingabe des BKA-Personalrats vom 21. August 1970, das sich unter anderem auf Zusagen Genschers bei seinem Antrittsbesuch im BKA im November 1969 bezog. In diesem Zusammenhang war vom GdP-dominierten Personalrat, unter anderem mit einer sehr anschaulichen Bildmappe im Anhang des Dezemberschreibens, der Anspruch erhoben worden, dem Minister die Probleme des Amtes plausibel und aus erster Hand vortragen zu

---

<sup>68</sup> Siehe dazu ohne Autor, Der Staat ist unser Staat - das Amt ist unser Amt!, in: *Deutsche Polizei* 1/1968, S. BKA 2-5.

<sup>69</sup> Vgl. hierzu im Detail Stephan, Berufsvertretung, S. 48f.

<sup>70</sup> Vgl. das Grußwort Dulliens vom 26. September 1964, in: GdP 3 in GdP-Box 3 im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>71</sup> Zitiert nach der dpa-Meldung vom 1. September 1970, in: BArch B 106/91056 (Band I).

<sup>72</sup> Vgl. das Schreiben vom 6. August 1970, in: ebd.

können. Genscher reagierte und verlangte die Wiedervorlage der Eingabe.<sup>73</sup> Bereits am 2. September lag ihm der Entwurf eines Antwortschreibens vor, in dem die Kritik als insofern unzutreffend zurückgewiesen wurde, als ein Gros der Versäumnisse in der „Amtsführung früherer Innenminister“ zu suchen sei. Durch die Sofortprogramme zur Intensivierung der Verbrechensbekämpfung würden dem BKA im laufenden Jahr zusätzliche Haushaltsmittel von 38 Millionen D-Mark und 280 neue Planstellen, 1971 weitere 253 Stellen in Aussicht stehen.<sup>74</sup>

Freundliche Erinnerungen wie diese, insbesondere aber der von den Vorständen um Brugger gepflegte regelmäßige direkte Austausch mit Bundespolitikern, hatten zur Folge, dass die GdP-Bezirksgruppe ihre Vorstellungen immer wieder direkt lancieren konnte – und folglich auch die wesentlichen Entwicklungen des Bundeskriminalamtes in den 1970er Jahren mitunter enthusiastisch und kooperativ mittrug.<sup>75</sup>

Einen Beleg für das Standing, dass sich die Bezirksgruppe seit ihrer Eigenständigkeit erarbeitet hatte, markiert zweifellos der Delegiertentag als Abschluss des Jahres 1970. Auf diesem, unter dem Motto „Moderne Kriminalpolizei - mehr Sicherheit“ stehenden Kongress, waren unter anderem der Frankfurter Kriminologe Friedrich Geerds, die Leiter mehrerer Landeskriminalämter und der Geschäftsführer der Kienbaum-Unternehmensberatung, Ernst Schimke, zugegen. Mit dem Münchner Polizeipräsidenten Manfred Schreiber, Alfred Stümper, seines Zeichens Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg, sowie mit Horst Herold auch den späteren Präsidenten des Bundeskriminalamtes begrüßte die Bezirksgruppe zudem Menschen auf ihrer Tagung, die sich der Rationalisierung und Technisierung von Polizeiarbeit verschrieben hatten und im Austausch mit der GdP offenbar fruchtbringende Impulse aus den Reihen der organisierten Beschäftigten erwarteten. Der Delegiertentag fand im Kontext der Arbeit der BKA-Reformkommission, der die oberhalb namentlich Genannten angehörten, statt.<sup>76</sup>

Uns liegt als aufschlussreiche Quelle die Korrespondenz zur Absprache der Beiträge für die Festschrift vor. Das dazu verschickte Begleitschreiben fasste nicht nur Bemerkungen zum avisierten Konferenzverlauf, sondern mit einigem Anspruch auch die Ziele reformierter Sicherheitspolitik zusammen, zu der gewerkschaftliche Arbeit beizutragen habe: „Unseren Delegierten und der Öffentlichkeit wollen wir dokumentieren, daß über eine moderne Kriminalpolizei mehr Sicherheit zu erreichen ist. Dabei geht es vornehmlich um Reformen innerhalb der Kriminalpolizei, die im

---

<sup>73</sup> Vgl. zum gesamten Vorgang den Koblenzer Bestand BArch B 106/52132. Zur Bildmappe vermerkte einer der Bearbeitenden mit blauem Stift arrogant auf dem Rand: „Die Bildmappe deutet darauf hin, daß die Herren viel Zeit haben.“

<sup>74</sup> Vgl. den Entwurf des Abteilungsleiters ÖS in BArch B 106/91056.

<sup>75</sup> Vgl. zum Reformkontext dieser Jahre Imanuel Baumann, Richtungsentscheidungen. 1969-1973, in: Ders. u.a., Schatten, S. 40-45, zur Haltung der GdP Stephan, Berufsvertretung, in: ebd., S. 50-53.

<sup>76</sup> Siehe zur Arbeit der von Mai 1970 bis April 1972 tagenden Kommission Albrecht, Dienst, S. 235-239.

wesentlichen zwei Hauptkriterien ausmachen, und zwar ein Abbau des hierarchischen Prinzips, wobei das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen gestärkt wird (innerbetriebliche Demokratisierung und Einführung des Kollegialsystems) und um die Attraktivierung des Berufs des Kriminalbeamten in ausbildungsmäßiger, laufbahnrechtlicher und besoldungsrechtlicher Hinsicht“.<sup>77</sup>

In einem Redebeitrag auf der Tagung lobte Klaus Hübner, der ehemalige GdP-Bundesgeschäftsführer (und nunmehrige Polizeipräsident von West-Berlin), die Arbeit der Bezirksgruppe und insbesondere Brugger ausdrücklich für dessen Laufbahnkonzeption, diese sei dessen Erfindung zum Beginn der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gewesen, für die er zunächst „als Utopist verlacht“ worden sei.<sup>78</sup>

Dem Delegiertentag lag ein umfangreicher, 41 Seiten starker Geschäftsbericht des Vorstandes vor: Darin wurden die avisierten Sicherheitsreformen der Bundesregierung als im „Sicherheitsbedürfnis des Bürgers“ gründend begrüßt. Der Bezirksgruppenvorstand brachte hoffnungsvoll zum Ausdruck, „daß die Kriminalpolizei ein fest integrierter Bestandteil unseres demokratischen Staates ist“, wobei allerdings der erreichte Zustand erst Ergebnis einer Bewährungsprobe sei, in der es geglückt habe, „nach dem Scheitern des absolutistischen Polizeistaates [gemeint ist allerdings wohl die Polizei im Nationalsozialismus, A.S.] viel Kraft und Zeit“ zur Überzeugungsarbeit an den Bürgerinnen und Bürgern aufzuwenden.

Im Geschäftsbericht legte der Vorstand seine Arbeitsweisen nieder. Für uns mögen die geforderten oder erprobten Versuche, den eigenen Vorschlägen Geltung zu verschaffen, alltäglich wirken - an der Schwelle der 1960er zu den 1970er Jahren waren sie es nicht. So berichtet der Vorstand von intensiver Lobbyarbeit gegenüber den Bundestagsabgeordneten Hermann Schmidt-Vockenhausen (SPD), Wolfram Dorn (FDP) und Walter Picard (CDU) - etwa durch Gespräche und Eingaben. Der Geschäftsbericht machte aber auch die Forderung nach einer Reform des Personalvertretungsgesetzes (gemeint ist hier das Personalvertretungsgesetz des Bundes von August 1955, das 1974 geändert werden sollte<sup>79</sup>) stark, weil dieses bisher an „obrigkeitsstaatlichem Denken“ orientiert sei und als „demokratisches Feigenblatt von Behördenleitern“ diene. Ziel der GdP sei - im Gegensatz zu den geltenden Regelungen - „echte Mitbestimmung“.<sup>80</sup>

<sup>77</sup> Zitiert nach dem Schreiben des Bezirksvorstandes an Günter Hellwing vom 5. November 1969, in: Ordner „5. Delegiertentag BKA 1970“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, hier S. 2.

<sup>78</sup> Zitiert nach der Rede Klaus Hübners auf dem Delegiertentag, in: ebd., S. 1.

<sup>79</sup> Siehe zur Entwicklung des Gesetzes und insbesondere zur Trennung von Betriebsverfassung und Personalvertretung im öffentlichen Dienst beispielsweise Reinhard Richardi / Hans-Jürgen Dörner / Christoph Weber, Personalvertretungsrecht. Bundespersonalvertretungsrecht mit Erläuterungen zu den Personalvertretungsgesetzen der Länder, München 2012<sup>4</sup>.

<sup>80</sup> Zitiert nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes, in: Ordner „5. Delegiertentag BKA 1970“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, passim, die Zitate S. 3f. und S. 36.

Für die anstehenden Aufgaben sah sich die GdP-Bezirksgruppe bestens gerüstet. In ihrem Bericht stichelte sie zudem heftig gegen den - wohl auch im BKA nach der Gründung des Verbandes eine Rolle spielenden - BDK, dem gegenüber die GdP, so suggerierte es eine nicht personalisierte Aussage, „die besseren Funktionäre, die durchschlagenderen Argumente und ein Konzept für die Zukunft aufweise“.<sup>81</sup>

In dieser Zeit begannen GdP-Vertreter, die das - wir erinnern uns: an der Schwelle zum Aufbruch stehende, aber lange Jahre selbst Klagen gewohnte - Amt verließen, Gewerkschaftsarbeit im BKA bereits zu romantisieren. Herbert Schäfer etwa, der dem BKA und der GdP als aktives Mitglied zehn Jahre angehört hatte und inzwischen zum Chef des bremischen LKA aufgestiegen war, beklagte in einem Brief an Siegfried Brugger die mangelnde Aufbruchsmentalität seiner neuen Untergebenen, die ihm offenbar größere Bedenken entgegen brachten und ihrerseits seine (in Wiesbaden gereiften) Arbeitsweisen als „Juristerei“ und „Theorie“ abqualifizierten. Schäfer forderte im selben Schreiben - dieses aber eher gewerkschaftsunüblich - Beförderungen nach Leistung, während der Personalrat nicht einsehe, „welche Schäden eine Dienststelle auf die Dauer nimmt, in der jedermann seiner nächsten Beförderung entgegendämmern kann, ohne daß er wegen Minderleistung abgeblockt werden kann“.<sup>82</sup> Das dynamische Bild, das in diesen Tagen und Monaten von der Aufbruchsstimmung im BKA geprägt wurde, fand seine Kontrastfolie damit sozusagen in den in dieser Hinsicht noch nicht bewegten Dienststellen wie etwa in der Hansestadt.

Im Reformkontext der frühen 1970er Jahre stand die GdP, dies als Ergänzung zu den oberhalb aufgeworfenen Konfliktlinien zwischen Anspruch und Mitgliederpflege, dem neuen Präsidenten Herold denn auch äußerst aufgeschlossen gegenüber, mahnte aber etwa ab Mitte der 1970er Jahre auch vor sozusagen wachsenden Gefahren und sich auseinander entwickelnden Sprachen: Der Polizeiberuf sei, anders als Herolds Denksystem innerer Sicherheit, vorläufig noch nicht auf unzweifelhaft messbare „Effizienzkontrolle“ eingestellt. Im Amt werde er, Präsident Herold, ohnehin mit einer anderen „Elle“ gemessen: Die Beschäftigte arbeiteten überwiegend praktisch, genau das solle der Präsident für die Weiterentwicklung seiner Theorie nutzbar machen<sup>83</sup>.

Die Bedeutung der Gewerkschaft auf dem Höhepunkt dieses Reformkontextes wurde auch dadurch unterstrichen, dass sie fallweise die Beschäftigten ganzer Standorte zwar nicht vollständig organisierte, aber im Bedarfsfall aktivieren konnte - etwa, als im Februar 1975 der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Jürgen Schmude, in Bonn Bad-Godesberg auf Einladung

---

<sup>81</sup> Zitiert nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes, in: Ordner „5. Delegiertentag BKA 1970“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, S. 40.

<sup>82</sup> Zitiert nach dem Schreiben Schäfers an Brugger vom 26. Dezember 1969, in: ebd., hier S. 1.

<sup>83</sup> Vgl. den - bedauerlicher Weise nicht namentlich zeichnenden Artikel - ohne Autor, Bundeskriminalamt: Die Polizei im Umbruch, in: *Deutsche Polizei* 3/1975, S. BKA 2f., die Zitate ebenda.

der dortigen Kreisgruppe referierte. Der in der „Deutschen Polizei“ abgedruckte Bericht zu dieser Zusammenkunft liefert auch mit einigem zeitlichen Abstand noch einen glaubwürdigen Eindruck von einem Austausch von Gewerkschaft, Amtsleitung und Ministerium auf relativer Augenhöhe.<sup>84</sup>

In ihrer Unterstützung der Amtsleitung ging die GdP gleichwohl nicht zu völliger Beliebigkeit über: Ebenfalls 1975 übte sie scharf Kritik an Vizepräsident Werner Heini, indem sie dessen Vorsätze, erst zu einer Reserveübung der Bundeswehr, dann zu einem Kursus der Bundessprachenschule und schließlich nach Südamerika reisen zu wollen und nahezu ein halbes Jahr abkömmlich zu sein, in den Blick rückte. Es stelle sich, so die Bezirksgruppe, die Frage, warum trotz immenser Kompetenzen im Bundeskriminalamt eine vorübergehende oder völlige Neuausschreibung der Stelle nicht vorgesehen sei.<sup>85</sup> Heini Reisepläne fielen in eine Zeit, in der dem Bundeskriminalamt infolge der Novellen des BKA-Gesetzes in den Jahren 1969 und 1973 nicht nur neue Zuständigkeiten (unter anderem für die Bekämpfung des Handels mit Rauschgift und Waffen, nicht aber zuletzt mit Blick auf Terrorismusabwehr und den Ausbau elektronischer Datenverbände), sondern auch ein schier unglaublicher Personalaufwuchs ins Haus standen: Waren laut Stellenplan 1969 noch 933 Arbeitsplätze zu besetzen gewesen, hatte sich ihre Zahl bis 1975 (2425) mehr als verdoppelt.<sup>86</sup>

Helmut Moschall kritisierte in der Funktion als Wiesbadener Personalratsvorsitzender im Folgejahr, zwar schamhaft als „Wünsche“ verklausuliert, mit Blick auf den rasanten Ausbau des Bundeskriminalamtes in der ersten Hälfte der 1970er Jahre aber auch, dass Planstellen in Stellenplänen allein noch keine sachgerechte Arbeit gewährleisten; gerade im BKA würden statt Vollzugsbeamten viele Angestellte mit Zeitarbeitsverträgen beschäftigt sein. Eine drückende und unregelmäßige Überstundenlast erschwere genau wie eine frappierende „Raum-Misere“ den Betrieb. Er hoffe im Namen der Beschäftigten auf eine rasch folgende Konsolidierungsphase.<sup>87</sup>

Gelegentlich wurde schon im Vorfeld dieser allgemeineren Beobachtungen Moschalls auch das - für sich genommen hervorragende - Verhältnis von Gewerkschaft und dem der Gewerkschaft gegenüber sehr aufgeschlossenen, ihr ab 1978 angehörenden Präsidenten Herold merklich getrübt. Im April etwa 1973 wandte sich die Bezirksgruppe wegen der weiterhin virulenten Personalprobleme bei der Sicherungsgruppe des Amtes direkt an Minister Genscher. Unter dem Strich forderte sie dabei die Neueinstellung von hundert Vollzugsbeamten des höheren und gehobenen Dienstes sowie die

---

<sup>84</sup> Siehe den ausführlichen Artikel ohne Autor, „ein gutes Stück vorangekommen“, in: *Deutsche Polizei* 4/1975, S. BKA 2-5.

<sup>85</sup> Vgl. die durch die Redaktion anonymisierte Glosse ohne Autor, Mutprobe: Einer der auszog, in: *Deutsche Polizei* 5/1975, S. BKA 6.

<sup>86</sup> Vgl. Albrecht, Dienst, S. 446f.

<sup>87</sup> Vgl. Helmut Moschall, Grußwort, in: Bundeskriminalamt (Hrsg.), 25 Jahre Bundes-Kriminalamt, Wiesbaden 1976, S. 59-62.

Abstellung von 200 BGS-Beamten zur Verstärkung des BKA.<sup>88</sup> Herold qualifizierte diese Forderungen in einer Stellungnahme als „irreal“ ab (und bezifferte den Bedarf auf insgesamt 170 notwendige Neuzugänge), begrüßte aber grundsätzlich den Problemlösungsansatz der GdP. Einschränkend ließ er das BMI aber wissen, dieses Engagement dürfe nicht so weit gehen, „daß diese Berufsvertretung sich ohne Kenntnis der jeweiligen konkreten Lage zu Einzelmaßnahmen äußert“.<sup>89</sup>

Bereits am Vortag hatte sich Herold allerdings nahezu ungehalten über eine Entwicklung echauffiert, die er, von der Übereinstimmung in der Sache abgesehen, nicht hinnehmen wollte: Er ließ das BMI wissen, dass es unzumutbar sei, wenn Vorlagen des Amtes monatelang unbeantwortet blieben, inhaltlich kongruente Anregungen der GdP aber sofortige Betriebsamkeit auslösen und ihn zu Stellungnahmen zwingen würden. Herold monierte die Entstehung von „Loyalitätskonflikte[n]“: „Es bleibt den Bediensteten ja nicht verborgen, ja es wird von den Funktionären der Gewerkschaft in Personalversammlungen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen sogar darauf angelegt, diese Tatsache bewußt zu machen, daß der einfachere, schnellere und erfolgversprechendere Weg nicht der über die Amtsleitung, sondern der über die Gewerkschaft ist. Einer solchen Aushöhlung des in einer Polizei notwendigen hierarchischen [P]rinzips muß unter allen Umständen begegnet werden.“<sup>90</sup> Die Bezirksgruppe hatte unter anderem in der *Deutschen Polizei* deutlich gemacht, dass sie sich eines gewissen Exklusivzugangs zu Genscher und hochrangigen Ministerialen durchaus bewusst war.<sup>91</sup> Insbesondere die Herold-Kritik schien das Bundesinnenministerium zu sensibilisieren. Als im Oktober des gleichen Jahres der GdP-Schriftleiter Richard Steinke im Ministerium um Weihnachts- und Neujahrsgrüße ersuchte, wurde im Apparat das Argument laut, dies sei nur vertretbar, wenn konsequent allen Bediensteten solche GrüÙe übersandt würden. Ein Entwurf könne an das BKA versendet werden und dort dann zum Abdruck freigegeben werden.<sup>92</sup>

Im Bundeskriminalamt war die Bezirksgruppe 1973 also glänzend aufgestellt: Sie hatte unter anderem die Personalratswahlen 1969 und 1973 gewonnen (1969 mit acht von elf Sitzen im Wiesbadener örtlichen Personalrat, 1973 mit sieben von 13 Sitzen)<sup>93</sup> und 1971 mit der Verabschiedung der Reform der Verordnung über die Laufbahn im kriminalpolizeilichen Vollzugsdienst des Bundes (KrimLV) ihren größten Erfolg erzielt (siehe Kapitel 5 a).

<sup>88</sup> Vgl. das Schreiben vom 7. April 1973, in: BArch B 106/91056 (Band II), zu den Vorschlägen besonders S. 3.

<sup>89</sup> Jeweils zitiert nach dem Schreiben Herolds unter Aktenzeichen SG-4-90.13/0-1098 vom 27. April 1973, in: BArch B106/91056 (Band II), S. 2.

<sup>90</sup> Zitiert nach dem Schreiben Herolds Z - 3698/73, in: BArch B 106/91056 (Band II).

<sup>91</sup> Vgl. ohne Autor, Bundesinnenminister Genscher berichtet dem Innenausschuß des BT, in: *Deutsche Polizei* 4/1973, BKA S. 25f.

<sup>92</sup> Vgl. zu dieser Episode insbesondere das Schreiben ÖS 6-625000/17 an Referat ÖS 2 vom 6. November 1973, in: BArch B 106/91056 (Band II).

<sup>93</sup> Vgl. ohne Autor, Personalratswahlen, in: *Deutsche Polizei* 5/1973, S. BKA 34.

Binnen zweier Jahre hatte sie zudem zu den bestehenden Kreisgruppen im Bundeskriminalamt zwei zusätzliche Neugründungen gewinnen können: 1972 war beim Bundesamt für Verfassungsschutz eine Kreisgruppe gegründet worden<sup>94</sup>, die 1978 360 Mitglieder vereinigte, wegen des DGB-Beitritts der GdP aber im Zuge eines Abkommens mit der Gewerkschaft ÖTV am 19. Juni diesen Jahres die Selbstauflösung zu beschließen hatte.<sup>95</sup> In den Folgejahren blieben aber diejenigen, die weiterhin an der GdP hingen oder sich von der ÖTV unzureichend vertreten sahen, in losem Kontakt zu ihrer „alten“ Bezirksgruppe. Angetrieben etwa von Gerhard Boeden (der nach seiner Laufbahn im BKA inzwischen Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz geworden war), gründete sich am 9. Oktober 1989 in Köln eine GdP-Fachgruppe, die am 15. April 1991 zur Kreisgruppe wurde.<sup>96</sup> Vor diesem Schritt hatte noch im Vorjahr der ÖTV-Sprecher beim BfV, Winfried Ridder, den GdP-Bezirksgruppenvorsitzenden Fuchs energisch gewarnt – aber ganz offenkundig ohne jeden Erfolg.<sup>97</sup>



**„Weißt Du noch...?“**

**Hans-Georg Fuchs und Gerhard Boeden**

**tauschen sich über gewerkschaftliche Erinnerungen aus**

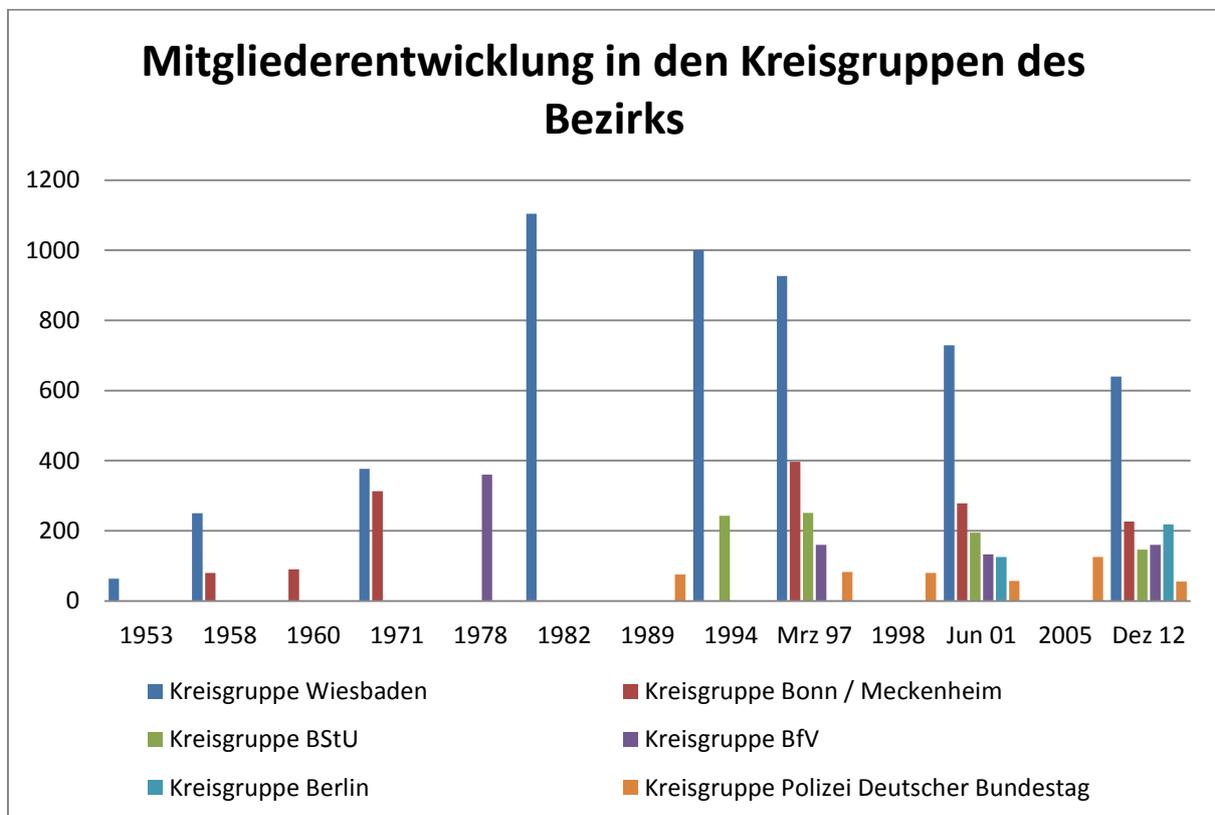
<sup>94</sup> Vgl. Michael Wurm, Die Kreisgruppe Bundesamt für Verfassungsschutz, in: Rüdiger Weiß / Monika Plate (Hrsg.), 12. Ordentlicher Delegiertentag vom 17. bis 18. März 1998; Dorint-Pallas-Hotel in Wiesbaden; Gewerkschaft der Polizei Bezirk Bundeskriminalamt, Wiesbaden o.J., S. 37f.

<sup>95</sup> Siehe dazu den Bericht ohne Autor, Aus der Kreisgruppe BfV Köln: Konsequenzen wurden gezogen, in: *Deutsche Polizei* 8/1987, S. BKA 8.

<sup>96</sup> Vgl. ohne Autor, Kreisgruppe beim BfV gegründet, in: *Deutsche Polizei* 7/1991, S. BKA 2.

<sup>97</sup> Vgl. das Schreiben Ridders an Fuchs vom 17. April 1990, in: Ordner „Kreis-/Fachgruppe BfV Köln“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

Seit 18. Mai 1973 sind im GdP-Bezirk BKA zudem die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der (damaligen) Hausinspektion im deutschen Bundestag eigenständig organisiert. Zunächst ein Teil der Bonner Kreisgruppe, hatte das Ansteigen der Mitgliederzahl auf über 50 diesen Schritt plausibel erscheinen lassen.<sup>98</sup> Die heutige Kreisgruppe nennt sich „Polizei Deutscher Bundestag“ und blickt in der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit unter anderem auf einen unter dem Strich erfolgreich bewältigten Umzug von Bonn nach Berlin (samt eines völligen Generationswechsels) 1999, die Einführung des mittleren Polizeivollzugsdienstes Mitte der 1970er Jahre und die Einführung einer Laufbahnverordnung für die Polizei im Deutschen Bundestag 1993 zurück (siehe noch etwas ausführlicher Kapitel 7b).<sup>99</sup>



### Mitgliederentwicklung in den Kreisgruppen des Bezirks

Quelle: eigene Zusammenstellung

<sup>98</sup> Vgl. ohne Autor, Aus der Kreisgruppe Bonn-Bad Godesberg - 25 Jahre Gewerkschaftsarbeit, in: Richard Steinke (Redakteur), 7. Delegiertentag 1976 am 3. und 4. Juni 1976 im Kurhaus in Wiesbaden, Hilden o.J., S. 73-78, hier S. 77.

<sup>99</sup> Vgl. dazu Ralph Igel (Redakteur), Gewerkschaft der Polizei. 30 Jahre Kreisgruppe Polizei Deutscher Bundestag, Berlin o.J. (2003), insbesondere das Grußwort von Winfried Wahlig (S. 8) und den historischen Rückblick auf den S. 9f.

Die auf diese Weise und durch den Stellenzuwachs im Bundeskriminalamt sprunghaft ansteigenden Mitgliedszahlen sollten dennoch nicht im Sinne einer reinen Aufstiegs Geschichte gelesen werden. Mitgliedszahlen von Organisationen allein sind für die Geschichtswissenschaft selten aussagekräftig - sie können Stärken und Schwächen entweder überdecken oder hinter einen geringer werdenden und daher die Wirkung beschränkenden Organisationsgrad zurücktreten lassen.

Konkreter gesprochen: Der GdP-Bezirk hatte, insbesondere auf das Bundeskriminalamt bezogen, in den 1970er Jahre zwar einen deutlichen Aufschwung zu verzeichnen, der allerdings mit einem erheblichen Zuwachs der Gesamtbeschäftigtenzahl einherging. Bezogen auf den Organisationsgrad, wenigstens aber auf die Anzahl nicht nur formal der Gewerkschaft angehöriger, sondern auch aktiv in ihr mitwirkender Beschäftigter war die Entwicklung in dieser Zeit sogar eher rückläufig. Bereits 1974 wurde dies in Nuancen deutlich, als ein Beitrag über das Pensionärstreffen zu Weihnachten ostentativ zum Ausdruck brachte, wie begrüßenswert es sei, wenn die „noch aktiven Kollegen noch so aktiv wären, wie es die bereits pensionierten Kollegen zum überwiegenden Teil noch sind.“<sup>100</sup>

Die Stellung der Bezirksgruppe im Bundesverband wurde zum einen durch Wahlakte, zum anderen aber auch durch gezielte Themensetzung beeinflusst: 1973 hielt Siegfried Brugger (als Schriftführer war er bis 1986 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes) auf dem 14. Delegiertenkongress in Hamburg ein Grundsatzreferat über „Das Berufsbild des Polizeibeamten“ - Hintergrund war eine damals in Saarbrücken entstehende wissenschaftliche Untersuchung zum Polizeileitbild (das 1600 Seiten umfassende, so genannte Saarbrücker Gutachten von Christian Helfer und Wigand Siebel). Brugger machte in seiner Ansprache deutlich, dass Gewerkschaftsarbeit wesentlich mehr sei „als sich nur der Durchsetzung von Besoldungsforderungen zu widmen“. Polizeibeamtinnen und -beamte müssten vielmehr in die Lage versetzt werden, eigenständig „jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten zu können“.<sup>101</sup> Brugger hatte sich schon seit Jahren mit dem Thema „Leitbild“ befasst und dazu unter anderem 1969 einen Aufsatz im *Taschenbuch für Kriminalisten* veröffentlicht. Kern war darin unter anderem die Forderung nach unabdingbarer, beständiger Fort- und Weiterbildung sowie nach Spezialisierung.<sup>102</sup> Es dürfte zudem wenig zufällig sein, dass auf dem genannten Kongress auch der GdP-Bundesvorsitzende Kuhlmann eine Rede hielt, in der er weitgehende Funktionen der Polizei gegen traditionalistische Ansätze sowie ihre Exponenten in Schutz nahm und für einen reformierten

<sup>100</sup> Zitiert nach ohne Autor, Gute Tradition fortgesetzt, in: *Deutsche Polizei* 2/1975, S. BKA 7.

<sup>101</sup> Vgl. Siegfried Brugger, Das Berufsbild des Polizeibeamten, in: Gewerkschaft der Polizei (Hrsg.), Sicherheit durch Reformen. Grundsatzreferate anlässlich des 14. Ordentlichen Delegiertenkongresses vom 23.-26. Oktober 1973 im Congress Centrum Hamburg, Berlin o.J. (1973/1974), S. 50-56, die Zitate S. 51 und 55.

<sup>102</sup> Vgl. Siegfried Brugger, Das Leitbild des Kriminalbeamten. Versuch einer an Realitäten orientierten Darstellung, in: *Taschenbuch für Kriminalisten* (Band 19), Hilden 1969, S. 311-335, hier S. 332.

Ordnungsauftrag der Polizei, und zwar als im Zusammenspiel mit der Bevölkerung präventiv wirkender Akteur, warb.<sup>103</sup>

1973 nannte sich die Bezirksgruppe Bundeskriminalamt, dies als kleinere Anekdote, auf ihrem 6. Delegiertentag in Bezirksverband Bundeskriminalamt um<sup>104</sup>, musste diesen Beschluss aber schon im November wieder suspendieren, weil ein Bundeskongressbeschluss eine solche Namensgebung ausschloss.<sup>105</sup> Trotz dieses kleineren Malheurs: Die 1970er Jahre bildeten für die Bezirksgruppe eine Zeit des fast uneingeschränkten Höhenfluges.

Gegen Ende des Jahrzehnts sollte sich dieses Bild jedoch eintrüben: Mit der wachsenden Kritik an Präsident Herold geriet das Amt, geriet auch die Bezirksgruppe unter erheblichen Konsolidierungsdruck. Gewohnte Pfade konnten nicht einfach weiter beschritten werden, das bisher nahe liegende Narrativ des ungebremsten Aufstiegs des Amtes (der eng mit dem Bedeutungszuwachs der GdP zusammenhing) trug nicht mehr. Ein erstes Anzeichen dafür waren die Personalratswahlen 1979, bei denen die GdP zwar im Wiesbadener örtlichen Personalrat zehn von 17 Mandaten gewann, den kompletten Vorstand des Gremiums stellte und mit fünf Sitzen im Hauptpersonalrat (HPR) beim BMI ebenfalls sehr zufrieden sein konnte. Selbstkritisch war allerdings zu konstatieren, dass zur Wahl drei freie Listen angetreten waren<sup>106</sup>, von denen eine in einer Sonderinformation heftige Kritik an der GdP übte und deren innerverbandliche Demokratie anzweifelte.<sup>107</sup> 1982 trat der langjährige GdP-Personalrat Joachim Thomas, der von 1975 bis 1979 im Hauptpersonalrat gesessen hatte, aus der Gewerkschaft aus und vollzog den Wechsel zur damaligen Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB).<sup>108</sup>

Die Personalratswahlen des betreffenden Jahres wurden für die Bezirksgruppe zu einer herben Enttäuschung. Nach deutlichen Verlusten bei den Wahlen zu allen Gremien unterlag Helmut Moschall im örtlichen Personalrat Wiesbaden bei der Wahl zum Gruppensprecher der Beamten. Bei der Wahl zum neu zugeschnittenen Gesamtpersonalrat errang die GdP 11 von 17 Sitzen, Siegfried Brugger wurde allerdings nur durch Losentscheid Gruppensprecher und Vorsitzender.<sup>109</sup>

---

<sup>103</sup> Siehe hierzu Werner Kuhlmann, Mehr Sicherheit durch Reformen, in: in: Gewerkschaft der Polizei (Hrsg.), Sicherheit, S. 5-35, zur Skizze der Polizeifunktionen aus GdP-Sicht insb. S. 8f.

<sup>104</sup> Vgl. ohne Autor, 6. Ordentlicher Delegiertentag: Kriminalität: Sicherheitsrisiko für alle, in: *Deutsche Polizei* 7/1973, S. BKA 53-60, hier S. 53.

<sup>105</sup> Vgl. ohne Autor, Aus der Vorstandsarbeit, in: *Deutsche Polizei* 12/1973, S. BKA 96f.

<sup>106</sup> Vgl. Siegfried Brugger, Personalratswahlen, in: *Deutsche Polizei* 5/1979, S. BKA 4.

<sup>107</sup> Vgl. die Sonderinformation der „freien Liste“, in: Ordner „Personalratswahlen 1979/1982“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>108</sup> Vgl. Protokoll des geschäftsführenden Bezirksgruppenvorstand am 15. Februar 1982, in: Ordner „Protokolle gBV BKA 1981-1983“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, hier S. 6.

<sup>109</sup> Vgl. den Bericht ohne Autor, Personalratswahlen 82, in: *Deutsche Polizei* 5/1982, S. BKA 2.

Freie Liste Beamte Wiesbaden, März 1979  
 Bundeskriminalamt Wiesbaden

INFO 1

Sehr geehrte Kolleginnen !  
 Sehr geehrte Kollegen !

In wenigen Wochen finden die Personalratswahlen 1979 statt.  
 Die Personalvertretung ' dient der Wahrung und Förderung der  
 Dienstbedingungen zum Wohle der Bediensteten'.

Wir haben deshalb von unserem gesetzlich verbrieften Recht  
 Gebrauch gemacht und Kolleginnen und Kollegen aus dem aktiven  
 Vollzugsdienst nominiert, die unsere Interessen und Probleme  
 im Personalrat vertreten sollen, ohne daß sie  
 - durch ihre Funktion innerhalb der Dienststelle  
 - durch ihre Aufgabenstellung  
 - durch eine Funktion in einer Gewerkschaft  
 an der objektiven Erfüllung ihrer Aufgaben gehindert sein  
 könnten.

Diesem Wahlvorschlag haben weit mehr als 100 Kolleginnen und  
 Kollegen aus dem Vollzugsdienst zugestimmt.

Wir haben damit eine Alternative zu den Vorschlägen der  
 Berufsvertretungen geschaffen.

Wir sollten bei dieser Wahl nachdrücklich unterstreichen,  
 daß die Kriminalbeamtin und der Kriminalbeamte die Basis  
 dieses Hauses sind, und unseren Anspruch auf eine angemessene  
 Beteiligung im Personalrat durchsetzen.  
 Dazu benötigen wir Ihre Stimme.

Verantwortlich: Harald KRUSE, Juliane MUMM

### Faksimile des Wahlaufrufs für eine „Freie Liste Beamte“, März 1979<sup>110</sup>

Vorausgegangen war diesen Ereignissen im Dezember 1981 eine Abstimmung über einen örtlichen Personalrat bei der neuen Hauptabteilung (HAL 2) am neuen Standort in Meckenheim, in welcher sich 689 von 787 Beschäftigten beteiligt hatten und 658 von ihnen für die Einrichtung einer eigenen Personalvertretung gestimmt hatten. In einem Mitgliederbrief analysierte Holger Barfuß aus Meckenheim kritisch, die Gewerkschaft solle froh darüber sein, dass nicht noch mehr Kollegen „gegen“ die GdP gestimmt hätten.<sup>111</sup> Der neue Chef des örtlichen Wiesbadener Personalrats, Jakob Hauser, beklagte unterdessen ein erschreckend geringeres Interesse an Personalratsarbeit und scheute sich nicht, das Wort „Personalratsmüdigkeit“ zu bemühen.<sup>112</sup>

<sup>110</sup> Vgl. das Original des Aufrufes im Ordner „Personalratswahlen 1979/1982“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>111</sup> Vgl. das Schreiben Barfuß' vom 4. Mai 1982, in: ebd.

<sup>112</sup> Vgl. ohne Autor, Personalversammlung 1/82 im BKA in Wiesbaden, in: *Deutsche Polizei* 7/1982, S. BKA 3f., das Zitat S. 3.

Innergewerkschaftliche Konflikte in diesen Jahren verbanden sich immer wieder auch mit Kontroversen, die mit dem DGB in Zusammenhang gebracht werden konnten: 1984 wandte sich Helmut Moschall im Namen der Kreisgruppe Wiesbaden an den Bundesvorsitzenden Günter Schröder und kritisierte ihn wegen Aussagen zur Realisierbarkeit der 35-Stunden-Woche deutlich.<sup>113</sup> Über einen Konflikt, der zwei Jahre später ausbrach, wird, wie erwähnt, unterhalb gesondert zu berichten sein (siehe Kapitel 6a).

1985 erlitt die Bezirksgruppe neuerlich eine vergleichsweise herbe Schlappe bei den Personalratswahlen. Sie behauptete zwar in allen Gremien rechnerische Mehrheiten, konnte aber – außer in Meckenheim – ihre Beamtenvertreter erneut nicht gegen die Konkurrenz durchsetzen und wurde beim Hauptpersonalrat auf nur noch zwei Sitze reduziert.<sup>114</sup>

Als Hans-Georg Fuchs 1986 die Bezirksgruppe übernahm, tat er dies zu einem Zeitpunkt, als sich die Gewerkschaft in erheblicher Unruhe befand. Zum nächsten ordentlichen Delegiertentag versuchte er die Reihen zu schließen, indem er unter anderem ausführte, wie schmerzlich die massiven Mitgliederverluste und Austritte (390 Mitglieder von 1983 bis 1987) die Bezirksgruppe trafen, dass aber gleichwohl kein Grund zur Resignation bestehe. Die GdP lasse sich auch weiterhin nicht zu „Opportunisten des jeweils amtierenden Ministers“ degradieren (hier teilte Fuchs gegen den Bund Deutscher Kriminalbeamter - BDK und die PDB aus), sondern sie strebe konkrete Ergebnisse statt unverbindlicher Gespräche samt „fragwürdiger Absichtserklärungen“ an.<sup>115</sup> Mit Innenminister Friedrich Zimmermann stand die Bezirksgruppe (oder jedenfalls ihr Vorsitzender) also auf Kriegsfuß. Fuchs ließ sich zur Analyse hinreißen, der Minister sehe „in den Gewerkschaften die Inkarnation des Bösen, des Störenfriedes“ und betreibe entsprechend gewerkschaftsfeindliche Politik.<sup>116</sup> Dass es Mitte der 1980er Jahre jedoch auch innerhalb der Bezirksgruppe rumorte, nahm auf der Tagung keinen größeren Raum ein, veranlasste Fuchs aber immerhin, zum Abschluss seines Geschäftsberichtes zu konstatieren, die Organisation müsse zwingend „wieder auf allen Ebenen ein gewisses Wir-Gefühl entwickeln“.<sup>117</sup>

Doch schon Ende 1987 brachen neue Konflikte auf. In einem Schreiben ließ der in Wiesbaden aktive Heinz Murschewski Fuchs anlässlich einer Mitgliederversammlung der Kreisgruppe am 19. Oktober 1987 wissen, er beobachte mit wachsender Sorge einen größer werdenden „Riß zwischen alten

<sup>113</sup> Vgl. das Schreiben Moschalls an den GdP-Bundesvorstand vom 19. Januar 1984, in: Ordner „Kreisgruppe BKA Wiesbaden 1983-1990“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden.

<sup>114</sup> Vgl. die Wahlniederschrift vom 20. März 1985 in: Ordner „Pers.ratswahlen 1985“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>115</sup> Zitiert nach dem von Fuchs gehaltenem Rechenschaftsbericht, in: Protokoll des 10. ordentlichen Delegiertentages der Gewerkschaft der Polizei, Bezirksgruppe Bundeskriminalamt, am 12. und 13. Mai 1987 in Wiesbaden, in: Ordner „KG Wi GdP Verschiedenes“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden, hier S. 8.

<sup>116</sup> Zitiert nach ebd., S. 7.

<sup>117</sup> Zitiert nach ebd., S. 17.

erfahrenen Mandatsträgern und den neuen ideologischen Funktionären“. Alle miteinander müssten sich bewusst und undogmatisch eingestehen, dass Lernprozesse untereinander die einzige Chance zur Schließung aufgebrochener Gräben seien.<sup>118</sup>

Die Gärprozesse in der Kreisgruppe blieben auch den Beschäftigten nicht verborgen und im März 1988 verpassten sie der GdP bei den Wahlen zum Wiesbadener örtlichen Personalrat einen Denkkzettel, der dem schlechtesten Wahlergebnis seit langer Zeit entsprach. Nur mehr sechs von 16 Sitzen entfielen auf Kandidierende der GdP-Kreisgruppe, die 1982 noch die Rekordzahl von 1104 Mitgliedern<sup>119</sup> aufgewiesen hatte. Als Nachwahlen im Jahresverlauf der GdP weitere Verluste einbrachten, keimte von der Basis Kritik auf, die sich nicht länger verheimlichen ließ: Wichtig sei jetzt schonungslose Aufarbeitung, zudem wäre ein „Neuanfang in dieser GdP notwendiger denn je“, schrieb der Wiesbadener Aktive Heiko Loesing in der *Deutschen Polizei*. Die Beschäftigten des BKA hätten „Anspruch auf eine starke, dynamische und durchsetzungsfähige Gewerkschaft. Gefragt sind Transparenz und Solidarität, nicht Funktionärstum und Cliquenwirtschaft – vor allem nicht im Personalrat.“<sup>120</sup>

Es steht dem Unbeteiligten nicht zu, diese Kontroversen zu bewerten und im Detail nachvollziehen zu wollen – das mag den damals Beteiligten vorbehalten bleiben. Offensichtlich ist aber, dass die Bezirksgruppe Ende der 1980er Jahre internen Zwist und deutlich schwindende Wählergunst gleichermaßen zu verkraften hatte. Eine völlige Lähmung bedeuteten solche Ärgernisse freilich nicht, denn zum Teil standen völlig neue Aufgaben an.

Ein sich grundsätzlich veränderndes Sozialprofil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten konnte nämlich auch an der GdP-Bezirksgruppe nicht spurlos vorübergehen. Nachdem zu Beginn der 1980er Jahre ein Frauenanteil an den durch die öffentliche Hand Beschäftigten von 40 Prozent zu konstatieren war und er im Bundeskriminalamt 1985 bei steigender Tendenz etwa 28 Prozent des Gesamtpersonals ausmachte, galt es, auch den spezifischen Interessen weiblicher Beschäftigter konkrete Organisationsformen einzuräumen. Einem Beschluss des 1982er-Bundeskongresses folgend, entstanden um die Jahreswende 1982/1983 Frauen-Fachausschüsse in den Kreisgruppen Meckenheim (20. Dezember 1982) und Wiesbaden (19. Januar 1983), die sich am 9. Mai 1983 einen

---

<sup>118</sup> Vgl. das Schreiben Murschewskis an Fuchs, in: Ordner „Personalratswahlen 1988/1992“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>119</sup> Vgl. Helmut Moschall, Jahreshauptversammlung, in: *Deutsche Polizei* 6/1982, S. BKA 7.

<sup>120</sup> Zitiert nach Heiko Loesing, Nachwahl zum öPR Wiesbaden: GdP verliert einen Sitz, in: *Deutsche Polizei* 8/1988, S. BKA 3.

koordinierenden Bezirksgruppenfachausschuss wählten. Unverkennbar ist aber auch, dass die Arbeit dieser Gremien zunächst von erheblichen Anlaufschwierigkeiten geprägt war.<sup>121</sup>

Nur wenige Jahre später griff das Phänomen der organisatorischen Diversifizierung auch auf die Gruppe der schon Pensionierten über, die bisher nur formlos durch die Bezirksgruppe betreut worden waren. Mit Beschluss des 18. GdP-Bundeskongresses wurde im Mai eine GdP-Seniorengruppe ins Leben gerufen, in deren Geleitzug sich im August und Oktober Kreisgruppen in Wiesbaden (25.08.1987) und Meckenheim (06.10.1987) gründeten. Noch im Dezember trafen sich die Vorstände, wählten einen Bezirksgruppenvorstand unter dem Vorsitz von Nikolaus Federau, der immerhin 182 der insgesamt 1.303 zu diesem Zeitpunkt in der Bezirksgruppe Organisierten vertrat. Für das folgende Jahrzehnt bemühte sich der Vorstand, die Interessen der Mitglieder im kulturellen und geselligen Bereich anzuregen, indem Ausflüge in die nähere Umgebung und an BKA-Standorte<sup>122</sup>, Besuche bei Zeitungen und Fernsehsendern sowie auch Wanderungen, seit Ende der 1980er immer wieder durch Weinproben und sogar eigens ausgerichtete Weinfeste ergänzt, initiiert wurden. 1996 etablierte sich im Wiesbadener Ratskeller ein regelrechter Stammtisch, 1997 fand der erste ordentliche Delegiertentag der Senioren im GdP-Bezirk statt, auf dem Helmut Moschall zum Vorsitzenden, Werner Voß zu seinem Stellvertreter und Friedrich Edelmann zum Schriftführer gewählt wurde.<sup>123</sup>

Die Phase nach der deutschen Wiedervereinigung erwies sich für die gesamte GdP-Bezirksgruppe dann als Belastungs- und Bewährungsprobe gleichermaßen. 1991 erfuhr sie zwar „auf einen Schlag“ den Zugang von gleich zwei neuen Kreisgruppen (beim Bundesamt für Verfassungsschutz, aber auch bei der Gauck-Behörde, wie später in Kapitel sieben zu beschreiben sein wird). Zum Jahresende 1992 hatte die Bezirksgruppe 1715 Mitglieder<sup>124</sup> (zum Vergleich: 1985 waren es 1351 gewesen<sup>125</sup>, ein Jahr später war die Mitgliedszahl nochmals um 50 Personen gesunken).

Abgesehen von erfreulichen Mitgliederentwicklungen setzte sich jedoch die schwierige Konsolidierungsphase der 1980er Jahre fast ungebrochen fort. Im Prozess der deutschen Wiedervereinigung waren Aufgaben, Zukunft und Zuschnitt gerade der Sicherheitsbehörden umstritten. Für das Bundeskriminalamt wurde der MEK- und GSG9-Einsatz in Bad Kleinen am 27. Juni 1993 zum Streitfall. Schon im unmittelbaren Kontext des Einsatzes übte sich die GdP, laut

<sup>121</sup> Vgl. das Protokoll des 10. Ordentlichen Delegiertentages, 12.-13. Mai 1987 Wiesbaden [ohne Angabe des Erscheinungsortes und -jahres], S. 84f.

<sup>122</sup> Vgl. beispielhaft den Bericht ohne Autor, Zu Besuch bei der Hauptabteilung in Meckenheim, in: *Deutsche Polizei* 12/1988, S. BKA 6.

<sup>123</sup> Vgl. zum Vorstehenden die Protokolle und den Schriftwechsel im Ordner „Seniorengruppe“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>124</sup> Vgl. das Protokoll von Bezirksgruppenausschuss und –vorstand vom 20. und 21. November 1992, in: Ordner „Protokolle BA + BV BKA 1982 – Mai 1992“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>125</sup> Vgl. Gerster an Brugger vom 10. März 1986, in: ebd.

Pressedarstellung in konzertierter Aktion mit „dem Personalrat“, in Kritik an Präsident Zachert. Im Amt kursierten laut *Der Spiegel* Flugblätter, die ein extrem verschlechtertes Betriebsklima beklagten und Zachert eine Vernachlässigung seiner Arbeit in der Behörde wegen seiner vorgeblichen Ambitionen auf eine Karriere bei Interpol vorwarfen.<sup>126</sup>

Intern aber stellte sich der Bezirk hinter die Amtsspitze. Die Wiesbadener Kreisgruppe beklagte im Flugblatt zwar eine „Angstkultur“ in der Behörde, kritisierte allerdings auch die einseitige Ausrichtung an politischen Vorgaben, Karrieredenken und mangelnde Zivilcourage sowie Misstrauen unter den Beschäftigten. Unmittelbar nach Bad Kleinen hatte sich der Bezirk in einer Presseerklärung vom 8. Juli ausdrücklich dagegen verwahrt, Präsident Zachert und Vizepräsident Gerhard Köhler unbesehen „zur Disposition zu stellen“ und ersteren als „ausgewiesenen Polizeifachmann und integre Führungsperson“, den zweiten aber als „untadeligen Behördenleiter“ gelobt. Zachert sollte sich dafür zwei Wochen später schriftlich bedanken.<sup>127</sup> Nutzbringend sollte der Effekt der für die Außenwirkung nach einem reinigenden Gewitter wieder geschlossenen Reihen freilich nicht sein, jedenfalls nicht für alle Beteiligten: Der von der GdP zunächst in Schutz genommene Gerhard Köhler wurde seines Postens enthoben und ins Bundesinnenministerium versetzt.<sup>128</sup>

Im Nachgang der Affäre von Bad Kleinen rempelte die Gewerkschaft zudem den frisch im Amt befindlichen Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) an, als dieser mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit trat, das BKA völlig restrukturieren zu wollen. Der Vorwurf der GdP lautete: „Rasenmähermethoden“.<sup>129</sup> Mit ihrer Kritik konnte die GdP zwar öffentliches Echo erzeugen, eine zeitweilige Organisationsreform vermochte sie jedoch nicht mehr zu verhindern. Gegen Ende des Folgejahres beklagte sich schließlich Hans-Georg Fuchs im *Focus* über die Führungsmethoden im Bundeskriminalamt. Einerseits stifteten durchsickernde Ergebnisse einer Studie des Bochumer Instituts für Management und Organisation (unter Leitung des Sozialpsychologen Rolf Taubert) immense Verwirrung in der Behörde, andererseits sei aber festzustellen, dass „das Ergebnis dieses an sich zu begrüßenden Auftrages weder den Personalräten noch den Berufsorganisationen mitgeteilt worden“ sei.<sup>130</sup> In der *Deutschen Polizei* beklagte Arno Falk in einem – sogar vom *Spiegel* aufgegriffenen Artikel – eine Amtskultur, die von Ellenbogeneinsatz, Rücksichtslosigkeit und

<sup>126</sup> Vgl. ohne Autor, Hauskrach bei Zachert, in: *Der Spiegel* 42/1993, S. 74.

<sup>127</sup> Vgl. die Flugblätter und den Schriftwechsel im Ordern „Pflegeversicherung / Bad Kleinen“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>128</sup> Vgl. ohne Autor, im BKA rollen die Köpfe, in: *Focus Magazin* 33/1993 vom 16. August 1993, S. 13.

<sup>129</sup> Zitiert nach ohne Autor, Bundeskriminalamt: Erschwerte Arbeit durch Reformen, in: *Der Spiegel* 34/1994 vom 28. August 1994, S. 56.

<sup>130</sup> Zitiert nach Josef Hufelschulte, Die wunde Seele des BKA, in: *Focus Magazin* 42/1995, Onlineresource: [www.focus.de/politik/deutschland/bundeskriminalamt-die-wunde-seele-des-bka\\_aid\\_155326.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/bundeskriminalamt-die-wunde-seele-des-bka_aid_155326.html) [letzter Zugriff am 15. September 2011].

Klüngelien zum beruflichen Fortkommen geprägt sei.<sup>131</sup> In einem Leserbrief pflichtete ihm Michael Wurm bei, beim Bundesamt für Verfassungsschutz sei ähnliches zu beobachten.<sup>132</sup>

In den Wahlen zur Personalvertretung konnte sich die GdP in den 1990er Jahren wieder stabilisieren. 1992 errang sie bei den Wahlen deutlich bessere Ergebnisse als 1988. So wurde mit Walburga („Wally“) Wagener eine Beamte Vorsitzende des örtlichen Personalrates in Wiesbaden, in Meckenheim stellte die GdP die beiden Stellvertreter, Gesamtpersonalratsvorsitzender wurde Winfried Wahlig.<sup>133</sup> Wagener sollte ihr Amt bis 2000 innehaben, Wahlig sogar bis 2004 amtieren. Und mit dem Ende des Jahrzehnts schlugen die Folgen der Wiedervereinigung auch auf den – seit 1994 so heißen - GdP-Bezirk durch: In Berlin entstand am 26. Januar 1999 die dritte GdP-Kreisgruppe innerhalb des Bundeskriminalamts.<sup>134</sup> Nur Episode blieb hingegen die kurzfristige Mitgliedschaft der Kreisgruppe Zollkriminalamt / Zollfahndungsdienst (ZKA/ZFD), die im Sommer 2000 dem Bezirk beitrug, aber schon zum 1. Januar 2002 wieder ausschied (sie gehört heute dem Bezirk Bundespolizei an).<sup>135</sup>

Die geographische Verbreiterung des Bezirks sollte sich schließlich 2004 in einer Standortdebatte auch auf die Gewerkschaft auswirken – aber davon soll erst am Schluss des nun folgenden Kapitels die Rede sein. Seit September 2000 wurde der Bezirk zudem durch einen neuen Vorsitzenden vertreten, nachdem Fuchs den Staffelstab an den BKA-Gesamtpersonalratsvorsitzenden Wahlig übergeben hatte. Fuchs war zu diesem Zeitpunkt nicht nur fast fünfzehn Jahre Bezirksvorsitzender, sondern zusätzlich fast 30 Jahre (genau: von 1971 bis 2000) GdP-Bundesvorstandsmitglied gewesen.<sup>136</sup>

Als aufschlussreich erweist sich in der Rückschau allerdings nicht nur die rein quantitative Dimension der Mitgliederzahlen. Bemerkenswert - aber mit einem Blick auf die Zeitachse auch erklärlich - ist vielmehr, dass im Verlauf der Zeit (aktive) GdP-Mitglieder in Führungspositionen des Amtes

<sup>131</sup> Vgl. Arno Falk, Schwein sein – nein danke! GdP im BKA gegen die Verwilderung der Sitten, in: *Deutsche Polizei* 8/1995, S. BKA 9.

<sup>132</sup> Vgl. Michael Wurm, Leserbrief, in: *Deutsche Polizei* 10/1995, S. BKA 3.

<sup>133</sup> Vgl. Hans-Georg Fuchs, Die Schlacht ist geschlagen, *Deutsche Polizei* 5/1992, S. BKA 1-5.

<sup>134</sup> Vgl. Carsten Pfohl, Neue Kreisgruppe, in: *Deutsche Polizei* 3/1999, S. BKA 1.

<sup>135</sup> Vgl. Hans-Georg Fuchs, Delegiertentagsauftrag endlich realisiert!, in: *Deutsche Polizei* 7/2000, S. BKA 1. Siehe dazu auch den Bericht über die Anfänge der am 3. Mai 2000 gegründeten und 40 Mitglieder umfassenden Kreisgruppe durch den Vorsitzenden Heinz Renette in der Bezirksvorstandssitzung am 4. Dezember 2000 in Wiesbaden, in: Ordner „Protokolle BV Bezirk BKA -2002“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, S. 4f. Interessensbekundungen zum Beitritt zum GDP-Bezirk waren von Zollbeschäftigten bereits in den Jahren zuvor geäußert worden, weswegen der rasche „Abschied“ den Außenstehenden auf übergeordnete Interessenslagen schließen lässt. Siehe hierzu das Protokoll der geschäftsführenden Bezirksvorstandssitzung am 11. Juli 1996, in: Ordner Protokolle gBV Bezirk BKA 1988 bis 02/1998, TOP 5 auf S. 4.

<sup>136</sup> Siehe zur Bilanz aus Fuchs' Sicht Hans-Georg Fuchs, Unser Erfolg liegt in der Zukunft, in: *Deutsche Polizei* 9/2000, S. BKA 1f.

aufstiegen. Neben Gerhard Boeden seien an dieser Stelle für diesen „Trend“ sozusagen stellvertretend der BKA-Hauptabteilungsleiter Manfred Klink<sup>137</sup>, TE-Abteilungsleiter Günter Scheicher, Prof. Dr. Edwin Kube, der Leiter des Kriminalistischen Institutes, und zum Beispiel der BKA-Vizepräsident Herbert Tolksdorf genannt.



**Mitgliederentwicklung des GdP-Bezirks Bundeskriminalamt | Quelle: eigene Zusammenstellung**

<sup>137</sup> Siehe hierzu Manfred Schnell, Gesuchter beim Feiern überrascht. Manfred Klink feierte seinen 70. Geburtstag - Weggefährten fahndeten nach ihrem Freund und Chef, in: *Deutsche Polizei* 11/2012, S. BKA 3.

## 5. Zwei markante Beispiele gewerkschaftlicher Arbeit

### a) Das Erreichen der zweigeteilten Laufbahn

Mit Recht stellt die Forschung fest, dass der Kampf um zweigeteilte Laufbahnen (respektive ihre angestrebte Einführung) ein gewerkschaftliches Leib- und Magenthema ist, auch wenn ein Blick auf politische Konstellationen diesbezügliche Präferenzen zunächst auch bei den Parteien zu suggerieren scheint.<sup>138</sup> In der GdP-Bezirksgruppe waren die Bemühungen um eine Laufbahnreform des kriminalpolizeilichen Vollzugsdienstes schon in den ersten Jahren ihrer Existenz ein wichtiges Motiv. Das seit September 1960 gültige Bundespolizeibeamtengesetz (BPolG) hatte die Laufbahngestaltung nämlich zunächst nicht präzisiert. Erst im Verlauf des Jahres 1962 war die GdP als anerkannte Spitzenorganisation an der Erörterung entsprechender Entwürfe im Innenausschuss des Deutschen Bundestages und im Bundesministerium des Innern beteiligt.<sup>139</sup>

Die ursprüngliche Teilung in einen allgemeinen und leitenden Dienst hatte just in jenem Jahr eine Abteilungsleiterbesprechung im BKA auf der Tagesordnung – mit dem Ergebnis, dass einer Ausweitung des allgemeinen Dienstes auf die Stufen A 9 und A 10 (was die GdP anstrebte) Bedenken im Bundesinnenministerium entgegenstanden.<sup>140</sup> 1964 wurde schließlich am 21. Juli eine Laufbahnverordnung erlassen, deren positive Ansätze aber aus Gewerkschaftssicht durch amtsinterne Ausbildungs- und Prüfungsordnungen konterkariert wurden. Um von Stufe A 8 nach A 9 zu gelangen, musste ein fünfmonatiger Ergänzungslehrgang nebst Prüfung absolviert werden. An der Ausarbeitung der Ordnungen waren die Gewerkschaften im Amt nach eigener Aussage nicht beteiligt worden.<sup>141</sup>

Die GdP machte in ihrer Argumentation stark, dass die Aufgabenprofile der Kriminalbeamten im Bundeskriminalamt unter anderem die Überwachung und Anleitung herausgehobener Sachbearbeiter beinhalteten, also Führungsaufgaben mit sich brachten. Gerade für Länderkollegen, so ihr Argument, sei ein Wechsel ins BKA nicht attraktiv, solange dies nicht auch mit Aufstiegsmöglichkeiten verbunden wäre.

<sup>138</sup> Vgl. Hermann Groß, Deutsche Länderpolizeien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/2008, S. 20-26, hier S. 25.

<sup>139</sup> Vgl. hierzu Günther Schnupp, Das Laufbahnrecht für die Kriminalpolizei des Bundes, in: *Deutsche Polizei* 1/1963, S. 6-8.

<sup>140</sup> Vgl. das Protokoll der Abteilungsleiterbesprechung am 13. Juli 1962, in: BArch B 131/1314.

<sup>141</sup> Vgl. den Geschäftsbericht des GdP-Bezirksgruppenvorstands vom Juli 1968 für den 4. Delegiertentag, hier S. 4-11 im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden.

1966 legte sie ein Konzept vor, das zunächst die Erweiterung des allgemeinen Dienstes bis zur Stufe A 11 (und den Aufstieg nach A 10 durch einen fünfmonatigen Lehrgang vorsah), als Eingangsamt für den leitenden Dienst aber den Posten des Kriminalrates (A 12) vorschlug. Innerhalb der Bundestagsfraktionen arbeitete die Bezirksgruppe für dieses Ziel beharrlich, insbesondere mit Blick auf die FDP, und erwirkte innerhalb der GdP zudem eine Art Stillhalteabkommen, nachdem der Bundesvorstand die Pläne der BKA-Kollegen zunächst heftig kritisiert hatte.

Den Durchbruch errang die Bezirksgruppe 1971: Nachdem Siegfried Brugger die – inzwischen variierten – Pläne der GdP im Präsidium der SPD hatte vorstellen können und sie offenkundig überzeugend begründete, beschloss das Bundeskabinett im Umlaufverfahren eine Reform des Laufbahnrechts, das am 1. Juli in Kraft trat. Seither existiert eine sogenannte zweigeteilte Laufbahn für Kriminalbeamtinnen und –beamte, die nur noch den gehobenen und den höheren Dienst kennt und mit dem Einstiegsamt A 9 sowie der Ausweitung des gehobenes Dienstes bis zum Amt eines/einer Ersten Kriminalhauptkommissarin/Kriminalhauptkommissars den ursprünglichen Plänen der damaligen GdP-Bezirksgruppe weitgehend Rechnung trägt. Vertreter der Bezirksgruppe feierten den Erfolg mit Genscher persönlich, der 1973 für seine kooperative Haltung zum Ehrenmitglied der Bezirksgruppe ernannt wurde. Die Gewerkschaft hatte sich unter anderem gegen Stimmen im Amt durchsetzen können, die, wie schon im Nachklang der Laufbahnverordnung 1964, mit der Verabschiedung von Prüfungsverordnungen ihren Einfluss geltend machen wollten.<sup>142</sup>



**8. Juni 1973: Die Bezirksgruppe verleiht Hans-Dietrich Genscher die Ehrenmitgliedschaft**

<sup>142</sup> Vgl. mit weiteren Verweisen Stephan, Berufsvertretung, S. 50ff.

Der Bezirk war zudem durchaus bereit, den größten Erfolg der eigenen Organisationsgeschichte offensiv und mit beachtlichem Ellenbogeneinsatz zu verteidigen. Als die hessische GdP im August 2002 die Verwirklichung der „GdP-Utopie“ der zweigeteilten Laufbahn als sensationellen Erfolg für sich reklamierte<sup>143</sup> und der Bundesverband im Folgemonat eine Wanderpokalübergabe an den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und den Innenminister Volker Bouffier vornahm<sup>144</sup>, spitzte Friedrich Edelman die Feder und ließ dem Gewerkschaftsvorstand und der GdP-Pressestelle einen gepfefferten Leserbrief zukommen: Edelman führte dabei Konrad Freiberg<sup>145</sup> und seine Würdigung der Arbeit des Bezirkes an, teilte aber auch gegenüber dem einstigen Bundesvorstand aus, der die damalige Bezirksgruppe in ihrem Ringen um die Neugestaltung der (seit 1960 geltenden) zweigeteilten Laufbahn des Bundes „alleingelassen“ habe und lediglich mit Bedenken hervorgetreten sei.<sup>146</sup>

## **b) Die Standortdebatte Berlin – Meckenheim – Wiesbaden 2004 und die Amtseinführung Jörg Zierckes**

Im Jahre 2004 schließlich unternahm der GdP-Bezirk BKA den Versuch, im Namen der Beschäftigten und als Speerspitze der Personalvertretungen kontrovers diskutierten Umzugsplänen des Amtes nach Berlin entgegen zu treten. Bereits im Vorjahr befand man sich in Konflikten mit der Amtsleitung: Im Bezirksjournal der *Deutschen Polizei* veröffentlichte der Vorsitzende Winfried Wahlig einen kritischen Artikel zur Fürsorgepflicht Präsident Kerstens in Bezug auf einen erkrankten Abteilungsleiter, der, seines Wissens nach, innerhalb eines Jahres nicht besucht worden war, also offenbar als „abgeschrieben“ galt.<sup>147</sup>

Als Kersten ein ausweichendes Antwortschreiben verschickte, ließ Wahlig auch dies in der *Deutschen Polizei* abdrucken und echauffierte sich über die äußerst passive Haltung des Präsidenten. Dieser könne mit Kritik nur schlecht umgehen, wolle immer gern alles vorab wissen und beklage seinerseits zu Unrecht einen ungefilterten Kontakt der Gewerkschaft ins Bundesinnenministerium und zum Minister selbst. Aus Wahligs Sicht waren diese Kontakte bewährter Brauch und es ärgere ihn, ließ er

<sup>143</sup> Zitiert nach Jörg Stein, Für immer zweigeteilt, in: *Deutsche Polizei* 8/2002, S. He (Landesjournal Hessen) 1.

<sup>144</sup> Siehe dazu ohne Autor (Kürzel: MiZi), Pokalsieg für Hessen, in: *Deutsche Polizei* 9/2002, S. 21-23, die Chronologie ohne Autor, Der Weg des GdP-Patents, in: ebd., S. 23 sowie für die hessische Binnensicht Norbert Weinbach, Zweigeteilte Laufbahn vollendet, in: ebd., S. He 2-4 (hessischer Landesjournal).

<sup>145</sup> In seiner Rede anlässlich der „Pokalübergabe“ schwieg freilich auch Freiberg, dem es um andere Botschaften ging, zum GdP-„Sonderweg“. Vgl. das Manuskript seiner Rede vom 30. Juli 2002, Onlineresource: [http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/hezweget/\\$file/RedeHezweiget.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/hezweget/$file/RedeHezweiget.pdf) [letzter Zugriff am 11. Juni 2013].

<sup>146</sup> Zitiert nach dem Schreiben Friedrich Edelmanns vom 18. September 2002, in: Ordner „Protokolle BV Bezirk BKA - 2002“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, hier S. 1.

<sup>147</sup> Vgl. Winfried Wahlig, Amtskultur im Bundeskriminalamt, in: *Deutsche Polizei* 3/2003, S. BKA 6.

wissen, dass sozusagen als Retourkutsche regelmäßig „schweres Geschütz“ gegen einzelne Autoren im GdP-Bezirksjournal aufgefahren würde.<sup>148</sup> Dieser Zwischenfall stand, wie sich herausstellen sollte, nur symptomatisch für erheblich Kommunikationsprobleme zwischen dem BKA-Präsidenten und wenigstens der größten Berufsvertretung in seinem Haus, deren Vorsitzender zudem Gesamtpersonalratsvorsitzender war. Bereits Ende 2003 hatte der Wiesbadener GdP-Kreisgruppenvorsitzende Oliver Fricke in einer örtlichen Personalversammlung kritisiert, welche Unsicherheit aufgrund der Kommunikationsversäumnisse der Amtsspitze in der Belegschaft herrsche.<sup>149</sup>

Am 7. Januar des Folgejahres platze dann gewissermaßen eine Bombe, als an diesem Tag erstmals konkrete Verlagerungspläne für das Bundeskriminalamt nach Berlin öffentlich wurden, die erheblichen Personalverlust in Wiesbaden und mithin die Schließung des Standortes in Meckenheim nach sich gezogen hätten. Wahlig versuchte sich zunächst zwar noch in abwägender Argumentation und ließ wissen, dass es für die Verlegung des Staatsschutzes nach Berlin gute Gründe geben möge, dies aber keinesfalls für die Bereiche Allgemeine und Organisierte Kriminalität gelte.<sup>150</sup> Binnen Wochenfrist, unter anderem nach turbulenten Personalversammlungen im Beisein des Bundesinnenministers, hatten sich die Debatten aber so verhärtet, dass er meinte, deutlicher nachlegen zu müssen: Kersten, so Wahlig, „habe nicht mehr das Vertrauen der Beschäftigten, und dann muß auch Innenminister Schily wissen, was er zu tun hat.“<sup>151</sup> Deutlicher war eine Entlassungsforderung kaum zum Ausdruck zu bringen. Am Samstag, dem 17. Januar 2004, demonstrierten in Wiesbaden 6.000 Menschen gegen die Schließungs- und Umzugspläne. Parallel sammelte das „Aktionsbündnis BKA“ 60.000 Unterschriften gegen unterstellten und konkreten Berliner Zentralismus.<sup>152</sup> Am Rand der Demonstration wurde auch Wahlig nochmals drastischer. Er bezeichnete das Vertrauensverhältnis zu Präsident Kersten als unheilbar und „auf Dauer zerstört“.<sup>153</sup>

In der *Deutschen Polizei* machte sich der Bezirksvorstand heftig Luft. Das nun diskutierte Standortkonzept sei bereits im Juni 2003 seitens des Bundesinnenministeriums vorgelegt worden, Dr. Kersten habe aber auf Personalversammlungen dennoch Standortgarantien gegeben, welche laut Planungen aus der Luft gegriffen sein mussten. Ein moderater Aufwuchs an Personal in Berlin, so der Bezirksvorstand, sei unstrittig, aber durch Ausschluss an der Planungsarbeit die Personalräte und

<sup>148</sup> Vgl. GdP-Bezirksvorstand BKA, PR meldet sich zu Wort, in: *Deutsche Polizei* 5/2003, S. BKA 1.

<sup>149</sup> Vgl. Oliver Fricke, „Wer kritisiert ist interessiert“. Abdruck der Rede, in: *Deutsche Polizei* 2/2004, S. BKA 3f.

<sup>150</sup> Vgl. Wolfgang Degen, Spagat zwischen Diplomatie und Widerstand, in: *Wiesbadener Kurier* vom 10. Januar 2004, S. 5.

<sup>151</sup> Vgl. den Artikel ohne Autor, BKA-Präsident gibt Fehler zu, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Januar 2004, S. 1.

<sup>152</sup> Vgl. ohne Autor, Rege Aktivitäten nach Ende des Schockzustands, in: *Deutsche Polizei* 4/2004, S. BKA 1.

<sup>153</sup> Zitiert nach dem Beitrag ohne Autor (Kürzel: elo/müg), Streit um BKA wird schärfer, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 18. Januar 2004, hier S. 1.

Gewerkschaften auszuschalten, ein Bruch mit jahrzehntelangen Traditionen durch die Amtsleitung. De facto bedeutete der Artikel nun eine Rücktrittsforderung an Präsident Kersten und seinen Stellvertreter Rudolf Atzbach.<sup>154</sup> Dieser Forderung der GdP wurde entsprochen: Am 5. Februar wurde Kersten auf eigenen Wunsch in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.<sup>155</sup>

Sein Nachfolger, der bis heute amtierende Präsident Jörg Ziercke, wurde von der GdP hoffnungsvoll begrüßt. Auch gegenüber Bundesinnenminister Otto Schily konnte der Bezirk insoweit Entspannung vermelden, als dieser für sein neues Organisations- und Standortkonzept des Bundeskriminalamtes dessen Altpräsidenten Horst Herold konsultiert hatte und die Veränderungen längst nicht so dramatisch ausfielen wie zunächst befürchtet.<sup>156</sup>

Die durch die Standortdebatte ausgelöste Unruhe im Amt löste sich im März dennoch zu Ungunsten der GdP. Bei den Personalratswahlen am 23. und 24. März war gerade in Wiesbaden, wo nur 42 % der Beamt(inn)en an die Urne gingen, eine erschreckend geringe Wahlbeteiligung zu verzeichnen.<sup>157</sup> Noch dramatischer nahmen sich die Ergebnisse aus: Während die GdP in Wiesbaden mit 12 von 17 Sitzen ihre Mehrheit behaupten konnte und in Berlin neun von elf Sitzen eroberte, wurde sie in Meckenheim regelrecht abgestraft. Dort war der GdPler Claus-Peter Oestmann, der die GdP bereits um das Jahr 2000 heftig kritisiert hatte<sup>158</sup>, mit einer eigenen Liste angetreten, die durchschlagenden Erfolg erzielte und der GdP lediglich drei Sitze im örtlichen Personalrat beließ. Auch bei den Wahlen zum Gesamtpersonalrat erlitt der GdP-Bezirk eine verheerende Niederlage, die in Person des für eine „Unabhängige BKA Liste“ angetretenen GdP-Mitgliedes Juliane Mumm Gestalt annahm. Sie übertrumpfte Wahlig bei der Wahl zur Vorsitzenden, was aus Sicht der GdP den Einsatz während der Umzugsdebatten völlig konterkarierte. Dieser Schock konnte kaum dadurch gedämpft werden, dass die übrigen Kreisgruppen bei den Wahlen ordentlich abschnitten und unter anderem bei der BStU insgesamt sechs Sitze errangen.<sup>159</sup> Während Winfried Wahlig im Nachhinein für die Wahlergebnisse unter anderem die Haltung der Meckenheimer Kreisgruppe verantwortlich machte<sup>160</sup>, ließ es sich Oestmann nicht nehmen, gegen die GdP nachzutreten und bissig übertriebenes Vertrauen ihrer Funktionäre in die eigene Wirkung bei öffentlichen Auftritten, zum Beispiel bei

<sup>154</sup> Vgl. Bezirksvorstand, Berliner Zentralismus, in: *Deutsche Polizei* 2/2004, S. BKA 1f.

<sup>155</sup> Siehe dazu Florian Oel, Schily feuert BKA-Chef Kersten, in: *tageszeitung* vom 6. Februar 2004, S. 1.

<sup>156</sup> Vgl. Gustel Mechler, Die Entscheidung ist gefallen, in: *Deutsche Polizei* 7/2004, S. BKA 1.

<sup>157</sup> Vgl. Gustel Mechler / Redaktion, Viel Beifall für den neuen Präsidenten, in: *Deutsche Polizei* 8/2004, S. BKA 1f.

<sup>158</sup> Oestmann hatte im Bezirksvorstand vor aufziehenden Personalproblemen und erheblichen Verlustängsten in Richtung BDK/PdB in Meckenheim gewarnt. Vgl. den entsprechenden Bericht Oestmanns in der Bezirksvorstandssitzung am 4. Dezember 2000 in Wiesbaden, in: Ordner „Protokolle BV Bezirk BKA -2002“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, S. 3.

<sup>159</sup> Vgl. ohne Autor, Viel Licht, aber auch Schatten, in: *Deutsche Polizei* 5/2004, S. BKA 1f., die Ergebnisse S.5f.

<sup>160</sup> Vgl. Winfried Wahlig, Ein bewegtes historisches Jahr, in: *Deutsche Polizei* 12/2004, S. BKA 1f.

Personalversammlungen – etwa bei der bis heute legendären „Sternstunde“ in Frankfurt-Höchst während des Umzugswirbels<sup>161</sup> - zu verspotten.<sup>162</sup>

Die Episode um MUMMS Wahlerfolg scheint - wenigstens in einer Art zusammenfassender Rückschau und Übersicht - inzwischen geglättet. Anlässlich ihres ruhestandsbedingten Ausscheidens aus dem Amt zeigte diese sich im Jahr 2012 ohne jeglichen Groll hinsichtlich in der Vergangenheit liegender Konflikte und betonte vielmehr das produktive Miteinander während ihrer Amtszeit als Gesamtpersonalratsvorsitzende „in einer sehr krisenhaften Situation des Hauses“.<sup>163</sup>

---

<sup>161</sup> Vgl. Bezirksgruppenvorstand, Endlich kam das BKA zu Wort – Otto Schily kam, sah und staunte, in: *Deutsche Polizei* 2/2004, S. BKA 2.

<sup>162</sup> Vgl. Gustel Mechler, Meckenheimer Nabelschau..., in: *Deutsche Polizei* 5/2004, S. BKA 3.

<sup>163</sup> Zitiert nach Birgit Serazio, „Man muss den Mut haben, Kritik zu äußern“. Juliane E. Mumm über ihren Weg im BKA, den richtigen Umgangston und ihren Abschied, in: *Flurfunk. Zeitung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA*, 19. Ausgabe (Mai 2012), S. 6.

## 6. Bemerkungen zum Organisationsklima im GdP-Bezirk BKA

Gewerkschaftsarbeit erschöpft sich bekanntermaßen nicht in reiner Verwaltungs- und Personalratstätigkeit oder in einer Abfolge von Vorstandssitzungen, sondern wird auch auf mitunter turbulenten Mitgliederversammlungen und bei geselligen Zusammenkünften „gelebt“. Vielfach in der Verbandsgeschichte machten sich Mitglieder des heutigen GdP-Bezirktes gerade in solchen Zusammenhängen um das unerschrockene Wort verdient. Grundsätzlich ist allerdings schon hier kritisch festzuhalten, dass der Bezirk es nicht immer völlig souverän verstand, mit abweichenden Haltungen oder Mindermeinungen umzugehen. Das folgende Kapitel will sich in exemplarischer Darstellung einigen dieser Begebenheiten widmen.

Die in größeren Organisationen allerdings wahrscheinlich unvermeidlichen Querelen bedrückten die GdP-Bezirksgruppe schon 1973, als zum 1. Oktober dieses Jahres der ehemalige Personalratsvorsitzende, Rudolf Peller, aus der GdP austrat. Als Beweggrund führte er mangelnde innergewerkschaftliche Demokratie an und untersetzte dies mit Kritik an den - allerdings bis heute durchaus üblichen - gewerkschaftsinternen Vorwahlen zur Aufstellung und Reihung von Kandidierenden für Personalratswahlen (Peller, einst Vorsitzender, war in der Konsequenz seit den Wahlen 1973 „nur“ noch Ersatzmitglied des Personalrates). Die Gewerkschaft selbst nahm den Austritt gefasst und bedauernd zur Kenntnis, kommentierte aber in der *Deutschen Polizei* bissig, es stehe unbeantwortet die Frage im Raum, wie sich Peller wohl verhalten hätte, wenn er wiederum Spitzenkandidat der GdP gewesen wäre.<sup>164</sup>

### a) Die Kontroverse um die Zugehörigkeit zum DGB von 1986

Die Gewerkschaft der Polizei, bei ihrer Gründung als mögliche Konkurrenz zur ÖTV nicht DGB-Einzelgewerkschaft geworden, konnte auf Beschluss des DGB-Bundesausschuss am 8. März 1978 in die gewerkschaftliche Dachorganisation aufgenommen werden. Sie führte dem DGB damit 141.000 Mitglieder zu. Mit der Aufnahme in den DGB endete ein fast 30 Jahre währender Prozess der Annäherung der GdP an den DGB, zu dessen Beginn die ÖTV zunächst ihr Veto gegen die Aufnahme der GdP eingelegt hatte. Gerade Stimmen aus der Wissenschaft hatten sich zwar stets gegen eine 17.

---

<sup>164</sup> Vgl. hierzu ohne Autor, Peller verließ GdP, in: *Deutsche Polizei* 11/1973, S. BKA 90f. Zu den Ergebnissen der Personalratswahlen, bei denen die GdP 7 von 13 Sitzen (bei 671 von 1221 abgegebenen Stimmen) behaupten konnte, siehe ergänzend, und zwar durchaus selbstkritisch und mit dem ausdrücklichen Bedauern der Nichtwahl Pellers ohne Autor, Personalratswahlen, in: *Deutsche Polizei* 5/1973, S. BKA 34f.

Säule des DGB ausgesprochen, zugleich aber die grundsätzliche Unvereinbarkeit der Strukturen und Vertretungsformen von ÖTV und GdP anerkennen müssen.<sup>165</sup> Bei der Aufnahme der GdP in den DGB spielten Diskussionen um die parteipolitische Neutralität eine Rolle, verhinderten den Beitritt der GdP aber nicht.<sup>166</sup> Die GdP-Bezirksgruppe im Bundeskriminalamt nahm diese Bedenken auf. In der *Deutschen Polizei* sprach sich Richard Steinke über die Vorteile des DGB-Beitritts aus, betonte aber zugleich seine Erwartungshaltung strikter parteipolitischer Neutralität.<sup>167</sup>

1983 brachte Heinz Küttner, ein Gründungsmitglied der GdP in Schleswig-Holstein und Bezirksgruppenaktivist unter anderem im Bezirksausschuss, eine weitere Herausforderung auf den Punkt: Die GdP müsse – nach unbestreitbaren Erfolgen in der Vergangenheit – nun unter Beweis stellen, dass sie „als Säule im DGB auch weiterhin willens und in der Lage ist, nicht nur allgemeine Arbeitnehmerinteressen, sondern auch spezielle Forderungen der Polizeivollzugsbeamten zu vertreten und durchzusetzen.“<sup>168</sup>

Die zunächst von der Beitrittsglückseligkeit überlagerten Zweifel brachen 1986 heftig auf. In einem offenen Brief ließ Ende August die Mitgliederinitiative „Selbstständige, parteipolitisch unabhängige Gewerkschaft der Polizei (GdP)“ unter anderem die Presse wissen, dass sie den Austritt der GdP aus dem DGB, die parteipolitische Enthaltensamkeit ihrer Funktionäre in gewerkschaftspolitischen Kontexten, die Beibehaltung des Ehrenamtsprinzips und eine deutliche Abgrenzung von den Grünen sowie den Ausschluss links- und rechtsextremer Verfassungsfeinde verlange. Grundlage des Vorstoßes war ein Auftritt des sich offensiv zur SPD bekennenden Tarifexperten und IG Metall-Bundesvorstandsmitgliedes Hans Janßen (1924-2011), der auf einem Parteitag der Grünen gegen die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung gesprochen hatte.<sup>169</sup> Mit der GdP selbst hatte das zwar zunächst nur wenig zu tun – aber es bildete den Anlass für den Ausbruch eines schwelenden Konflikts.

<sup>165</sup> Vgl. dazu sehr kritisch Wolfgang Däubler, Einheitsgewerkschaft oder Berufsverband?, in: Autorenkollektiv Polizei Hessen / Universität Bremen, *Aufstand der Ordnungshüter oder Was wird aus der Polizei?*, Reinbek 1972, S. 221-229. Zu den Konflikten zwischen ÖTV und GdP 1970/1971 am Beispiel der zeitweilig äußerst öffentlichkeitswirksamen hessischen Initiativausschüsse siehe im selben Band Hörst Münscher, *Das Aktionsfeld Gewerkschaft*, S. 145-160.

<sup>166</sup> Vgl. Robert Steiert, Gewerkschaft der Polizei verstärkt Einheitsgewerkschaften, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 5/1978, S. 289-296, insbesondere S. 293f. Siehe außerdem die Verschriftlichung der Ansprache des DGB-Chefs Vetter vor dem DGB-Bundesvorstand am 4. April 1978: Heinz O. Vetter, DGB-Beitritt der Gewerkschaft der Polizei, in: ebd., S. 300-302.

<sup>167</sup> Vgl. Richard Steinke, GdP – 17. Säule im DGB. Antworten auf einige Fragen, in: *Deutsche Polizei* 9/1978, S. BKA 5f.

<sup>168</sup> Zitiert nach dem Vizepräsident Boeden vorliegenden Entwurf der Antworten auf die Fragen der Redaktion der *Deutschen Polizei* vom 7. Oktober 1983, in: BAArch B 131/1357, hier S. 2.

<sup>169</sup> Janßen, der für die SPD von 1959 bis 1966 dem niedersächsischen Landtag angehört hatte, verteidigte seinen Auftritt bei den Grünen in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* und machte darin keinen Hehl aus seiner politischen Überzeugung. Siehe dazu Gerhard Spörl, Es geht auch ohne Generalstreik, in: *Die Zeit* 9/1986, S. 8.

Besonders pikant wurde das Schreiben nämlich durch seine Unterstützer. Zu ihnen gehörte Helmut Moschall, der 1983 „gestürzte“ Personalratschef des BKA in Wiesbaden, ebenso hatte der ehemalige Bezirksgruppenausschussvorsitzende Erich Dibbern den Brief unterzeichnet.<sup>170</sup> Am 2. September versuchte Hans-Georg Fuchs in einem Schreiben an GdP-Chef Schröder die Bedeutung des Schreibens zu relativieren, indem er die Größe der Gruppe auf „20 bis 25 Personen“ bezifferte und mit Gerhard Boeden, Günter Römelt, Nikolaus Federau und Horst Kempe weitere Unterstützer benannte, die zum einen mitunter langjährige ehemalige oder gegenwärtige Aktivisten der Bezirksgruppe waren, zum anderen aber unverkennbar „Mitglieder oder Sympathisanten der CDU“ seien und nun selbst politisierten.<sup>171</sup> Am Folgetag debattierte der geschäftsführende GdP-Bundesvorstand über das Thema und wies die Bezirksgruppe an, die Initiativegruppe, auch unter Verweis auf mögliche satzungsrechtliche Sanktionen, zur Auflösung ihres Zusammenschlusses zu bewegen.<sup>172</sup> In einem Schreiben an den Bezirksausschuss nannte Fuchs die Presseerklärung eine „große Schweinerei“ und bat um Rückendeckung durch das Gremium.<sup>173</sup>

In der Oktober-Ausgabe der *Deutschen Polizei* sah er sich dann genötigt, ausführlich zur Entstehung und Haltung der Initiativegruppe Stellung zu beziehen. Er verdeutlichte darin, dass er sich zunächst über das intransparente Vorgehen der „etwa 20 Personen“ sehr ärgere. Wichtig war ihm aber auch festzuhalten, dass die Ansprache des IG-Metallers Janßen nicht repräsentativ für die Haltung der GdP gesehen werden könne. Diese habe sich vielmehr immer wieder deutlich von den Grünen abgegrenzt und sie als Gesprächspartner abgelehnt, „bis diese sich nicht öffentlich und eindeutig von der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele distanzieren“. Damit hätte es der Bezirksvorsitzende eigentlich bewenden lassen können. In der Folge unternahm Fuchs gleichwohl den Versuch, zu verdeutlichen, dass sich die GdP in der Vergangenheit immer wieder auch in Konflikt mit sozialdemokratisch geführten Landes- und Bundesregierungen begeben habe, wenn ihr dies notwendig erschienen sei. Fuchs zitierte zusätzlich eine Rede des damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker auf dem 13. DGB-Bundeskongress, in der jener betont habe, Gewerkschaften seien zwar politisch nicht neutral, müssten aber Heimat für Mitglieder aller demokratischen Parteien sein können. Fuchs' Credo lautete im Anschluss an diese Autoritätsposition: „An die Kollegen der „Initiative“ richte ich den dringenden Appell: Löst diese Gruppe schnellstens wieder auf. Ihr spaltet damit unsere Gewerkschaft und schwächt unsere Position!“<sup>174</sup> Im Leserbriefteil erfuhr Fuchs

<sup>170</sup> Vgl. das Schreiben der Initiativegruppe vom 27. August 1986, in der Mappe „GdP 18“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>171</sup> Zitiert nach Fuchs an Schröder vom 02. September 1986, in ebd., S. 1f.

<sup>172</sup> Vgl. Schröder an Fuchs vom 04. September 1986 und den Informationsbrief des GdP-Bundesvorstandes an die Landesbezirke der GdP vom 15. September 1986, jeweils in: ebd.

<sup>173</sup> Zitiert nach dem Schreiben Fuchs', in: Ordner „GdP Bezirksausschuß ab 1983“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>174</sup> Vgl. Hans-Georg Fuchs, Cui bono?, in: *Deutsche Polizei* 10/1986, S. BKA 1f., alle Zitate passim.

Unterstützung durch einen anonymen „Meck-Meck-Meckenheimer“, der den Initiatoren Moschall und Dibbern vorwarf, Gewerkschaftsprinzipien und die konkrete Arbeit der GdP völlig zu verkennen. Der Vorstand der Kreisgruppe Meckenheim hielt den Brief mit Ausnahme des Ehrenamlichkeitsparagrafen für „gewerkschaftsschädlich“, Willy Terstiege, der BKA-Pressesprecher (bis 1994), hielt den Angriff der Initiativgruppe selbst für politisch motiviert (nämlich zugunsten der Bundesregierung), vermutete elitären Dünkel bei den Verfassern und ein mangelndes Verständnis von Solidarität.<sup>175</sup> Anfang November erhielt Fuchs weitere schlechte Nachrichten, denn auch im Hauptpersonalrat beim Bundesinnenministerium spielte das Thema „DGB“ eine Rolle – und wieder in internen Konflikten. In einem Schreiben an Fuchs mokierte sich Günter Fritsch, der die GdP seit über 25 Jahren im HPR vertrat, über schwelende Konflikte mit den Kollegen von der ÖTV und forderte eine Thematisierung bei den jeweiligen Bundesvorständen zur Normalisierung der Zusammenarbeit der „DGB-Brudergewerkschaften“.<sup>176</sup>

Das Problem Initiativgruppe erledigte sich indes letztlich von selbst: Am 26. Januar 1987 konstatierte der geschäftsführende Bezirksgruppenvorstand, es seien keine Konsequenzen erforderlich, die Initiative habe sich geräuschlos aufgelöst.<sup>177</sup> Der GdP während der 1986er-Kontroverse pauschal einseitige Parteinahme vorzuwerfen, wäre in der Rückschau in der Tat zu hoch gegriffen. Gleichwohl fiel der Streit innerhalb der Gewerkschaft in eine Zeit höchster politischer Anspannung. Der - im Kontrast zu so mancher Industriegewerkschaft - besonders homogen zusammengesetzten GdP fiel es besonders schwer, ihre Rolle im DGB zu finden; der Schatten der damit verbundenen Kontroversen fiel auch auf die BKA-Bezirksgruppe.<sup>178</sup> Im Ergebnis stand dies: Nur wenige Wochen nach der Kontroverse um die Zugehörigkeit zum DGB wählte der 18. ordentliche GdP-Bundeskongress in Mannheim Hermann Lutz in die Nachfolge des umstrittenen Günter Schröder. Mit Lutz avancierte erstmals in der Geschichte des DGB ein CDU-Mitglied zum Vorsitzenden einer seiner Einzelgewerkschaften.<sup>179</sup>

<sup>175</sup> Siehe zu den drei Leserbriefen *Deutsche Polizei* 10/1986, S. BKA 5f.

<sup>176</sup> Zitiert nach Fritsch an Fuchs vom 03. November 1986, in: Ordner „Personalratswahlen 1985“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>177</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 26. Januar 1987, in: Ordner „Protokolle gBV 1984-1987“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden, hier S. 6.

<sup>178</sup> Siehe zum angespannten Klima der Zeit vor dem Hintergrund eines verlangsamten Aufschwungs und konstant hoher Arbeitslosen- und Sozialhilfebezugszahlen, die aus gewerkschaftlicher Sicht auch noch mit dem „Neue Heimat“-Skandal und dem Umstand, dass bereits 1983 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder CDU/CSU gewählt hatten, korrespondierten Frank Deppe, Auf dem Weg zum Jahr 2000, in: Ders. / Georg Fülberth / Jürgen Harrer (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1989<sup>4</sup>, S. 708-771, besonders S. 729-735.

<sup>179</sup> Vgl. Horst-Udo Niedenhoff / Wolfgang Rege, *Gewerkschaftshandbuch. Daten, Fakten, Strukturen*. Ausgabe 1997, Köln 1997, S. 18. Siehe dazu auch die äußerst verbandskritische Berichterstattung aus Bezirksgruppensicht von Hans-Jürgen Eyrich, Anmerkungen zum Kongreßverlauf, in: *Deutsche Polizei* 12/1986, S. BKA 2f. Zu den Hintergründen des Amtsverzichts von Schröder siehe außerdem ohne Autor, Unbequemer Mann, in: *Der Spiegel* 46/1986 vom 10. November 1986, S. 146.

## b) Der Streitfall Heiko Loesing

Als der Bezirk Anfang der 1990er Jahre zu einer gesamtdeutschen Organisation zusammenwuchs, war damit erwartungsgemäß nicht nur eitel Sonnenschein verbunden. Bereits rund um die Neuaufnahme und Wiedergründung der Kreisgruppe BfV hatte sich ein kleinerer Eklat ereignet. Auf Grundlage der Wahrnehmung, Gerhard Boeden - früher eigentlich ein Förderer von Gewerkschaftsarbeit - habe in seiner Funktion als BfV-Chef Gespräche mit der dort neu entstehenden Fachgruppe „immer wieder hinausgeschoben“ und insofern deren Arbeit behindert, beschloss der geschäftsführende Bezirksvorstand zornig, ein bereits bewilligtes Geschenk für Boeden im Wert von 200 D-Mark doch nicht anzuschaffen - bei einer einzigen Enthaltung.<sup>180</sup> Von der früher harmonischen und sich durch Geschlossenheit auszeichnenden Verbandskultur war in regelmäßigen Abständen kaum mehr ein blasser Schatten zu erkennen.

Kaum anders gestaltete sich dies auch Mitte der 1990er Jahre. Sozusagen zum Intimfeind des Bezirkes wurde in dieser Zeit Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU), den Hans-Georg Fuchs (1996) mehrmals öffentlich zur Brust nahm und insbesondere in Stil- und Führungsfragen kritisierte.<sup>181</sup> Der GdP-Bezirk spielte hier auch über Bande, da sich Winfried Wahlig in seiner Funktion als Gesamtpersonalratsvorsitzender während der Verabschiedung Zacherts und der Amtseinführung Kerstens am 28. März 1996 in einer Rede - mit lautstarker Unterstützung der anwesenden Beschäftigten - in scharfer Form gegen Kanther wandte.<sup>182</sup>

Parallel zu diesen Ereignissen mit Außenwirkung wurde das Bezirksjournal der deutschen Polizei im Verlauf des Frühjahrs 1996 aber auch zu einem Schauplatz neuerlichen innerverbandlichen Meinungsstreits. In der Aprilausgabe kritisierte Heiko Loesing, ein später im Zusammenhang mit dem Desaster um das polizeiliche Informationssystem Inpol-neu als Leitender Kriminaldirektor in der Öffentlichkeit stehender Kollege<sup>183</sup>, der zu dieser Zeit aber auch dem Wiesbadener örtlichen

<sup>180</sup> Vgl. das Protokoll des geschäftsführenden Bezirksvorstandes vom 11. Februar 1991, in: Ordner „Protokolle gBV Bezirk BKA 1988 bis 02/1998“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, hier S. 10f., das Zitat ebd.

<sup>181</sup> Siehe hierzu erstens die Polemik zum Abschied von BKA-Präsident Zachert in Hans-Georg Fuchs, Präsidentenwechsel, in: *Deutsche Polizei* 4/1996, S. BKA 1, zweitens aber auch zur von Kanther unterlassenen, sonst aber üblichen persönlichen Amtseinführung des neuen BfV-Präsidenten Peter Frisch Ders., Herrn Dr. Frisch herzlichen Glückwunsch, in: *Deutsche Polizei* 8/1996, S. BKA 1.

<sup>182</sup> Vgl. dazu mit der notwendigen Quellenkritik Hans Wagener, Ein Präsidentenwechsel, in: *Deutsche Polizei* 5/1996, S. BKA 2f.

<sup>183</sup> Loesing war mit Rahmenauftrag vom 13. Oktober 2000 von der Amtsleitung als Gesamtkoordinator für die Einführung von INPOL-neu pp. eingesetzt worden. Siehe hierzu etwa Wilhelm Dietl, Chaos-Computer-Club, in: *Focus Magazin* 22/2001 vom 28. Mai 2001, Onlineresource: [http://www.focus.de/politik/deutschland/polizei-chaos-computer-club\\_aid\\_187535.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/polizei-chaos-computer-club_aid_187535.html) [letzter Zugriff am 10. April 2013].

Personalrat angehörte<sup>184</sup>, den Kurs des Bezirksvorsitzenden Hans-Georg-Fuchs hinsichtlich einer Öffnung der bisherigen Strukturen für Beschäftigte der Gauck-Behörde und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (womit sich der eingangs strapazierte Bogen hin zu Gerhard Boeden schließt). Vor allen Dingen zeigte er sich besorgt, dieser Kurs könne das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei aushöhlen - schließlich sei die GdP doch die Gewerkschaft der Polizei und habe entsprechende Interessen zu vertreten.<sup>185</sup>

Fuchs selbst reagierte prompt: Noch in der gleichen Ausgabe nahm er ausführlich und emotional zum Leserbrief Stellung und begründete dies mit dem Umstand, der Brief habe ihn mangels postalischer Zustellung sonst nicht erreicht. Eine Veröffentlichung in der (vorherigen) März-Ausgabe (darum hatte Loesing gebeten) sei zudem nicht möglich gewesen, da dort mit Blick auf Personalratswahlen andere Prioritäten gesetzt worden waren. Er, so Fuchs, wolle es einfach nicht hinnehmen, dass „zerstörerische Nebenkriegsschauplätze der ideologisch ausgerichteten ‚Loesing-Gruppierung‘“ den Frieden im GdP-Bezirk störten und die Wahlchancen der Antretenden minderten. Fuchs warf Loesing dabei auch „mangelnde Gewerkschaftssolidarität“ vor - allein das war starker Tobak, wenngleich sich der Bezirksvorsitzende in der Folge durchaus sachlich mit den Vorhaltungen auseinandersetzte. Kernargument war dabei, dass die sicherheitspolitische Dimension des Trennungsgebotes zweifellos zu wahren sei, dies aber nicht unmittelbar mit der praktischen Ausgestaltung von Gewerkschaftsarbeit zusammenhänge. Fuchs glaubte bei Loesing nicht weniger als „Karrieredenken“ und „parteilich-ideologische Gründe“ zu erblicken.<sup>186</sup> Dieser Hinweis mag verwundern, war Loesing doch SPD-Mitglied und damit zu diesem Zeitpunkt noch im Mainstream der GdP-Mitgliedschaft zu verorten. Loesing vertrat zudem eine Position, die innerhalb des GdP-Bezirks damals zwar eine Mindermeinung ausdrückte, aber insbesondere dem Denken und Fühlen einer relevanten Größe Wiesbadener Mitglieder entsprach.<sup>187</sup>

Bei diesem Austausch hätte es Fuchs wahrscheinlich belassen sollen. Allerdings sprangen ihm noch in der Ausgabe, in welcher der Leserbrief erstmalig erschien, zwei Vorstandskollegen bei und setzten Loesing kritisch zu, indem sie Fuchs' Position stärkten - der Meckenheimer Funktionär Heinz Simons (ein dortiger Personalrat) und Horst Kempe, der Loesing „ferngesteuerte“ Motive für seinen

---

<sup>184</sup> Heiko Loesing gehörte zu diesem Zeitpunkt dem Referat ZD 24 an. in der Zeit von 1994 bis 1998 hatte das Referat ZD24 die Aufgaben Daktyloskopie, AFIS (das automatisierte Fingerabdruck-Identifizierungssystem des BKA und der Länder) sowie Telebild-Auswertung zur daktyloskopischen Personenidentifizierung zu erfüllen.

<sup>185</sup> Diesen Unterschied ließ Loesing in seinem Leserbrief durch Unterstreichung des Wortes „Polizei“ auch optisch hervorheben. Vgl. Heiko Loesing, Leserbrief, in: *Deutsche Polizei* 4/1996, S. BKA 3.

<sup>186</sup> Zitiert nach dem Artikel Hans-Georg Fuchs, Ignoranz oder Egoismus - das ist hier die Frage, in: *Deutsche Polizei* 4/1996, S. BKA 3f.

<sup>187</sup> Telefonisches Interview des Verfassers mit dem amtierenden GdP-Bezirksvorsitzenden Jürgen Vorbeck am 17. Mai 2013.

Aufschlag vorhielt.<sup>188</sup> Auch in der Mai-Ausgabe griff die Kontroverse weiter Raum: Drei Leserbriefe aus den Reihen der Kreisgruppe BfV gingen Loesing hart an, verwiesen auf die Erfolge der Kreisgruppe und legten mehr oder minder deutlich einen Austritt nahe, während ein einziger Kollege sich vor Loesing stellte und auf dem Recht der freien Meinungsäußerung beharrte.<sup>189</sup>

Die geschaffene Problemlage durchschlug schließlich erst in der Juni-Ausgabe der Wiesbadener Kreisgruppenvorsitzende Arno Falk: In einem an Loesing und Fuchs gerichteten offenen Schreiben setzte er seinem Kreisgruppenmitglied auseinander, dass er selbst und mit ihm der Vorstand seine Bedenken aus gewerkschaftlicher Sicht nicht teilen würden. Er bürge jedoch auch aufrichtig dafür, möglichen „Begehrlichkeiten des BfV in Sach- und Zuständigkeitsfragen“ in Zukunft, wenn notwendig, scharf entgegen zu treten. Gegenüber Fuchs (und damit gegenüber allen anderen Kreisgruppen) stellte er sich jedoch unmissverständlich vor Loesing und kritisierte den Tonfall des Meinungsaustausches scharf: Sicherlich sei jener „ein kritischer, manchmal auch überkritischer Zeitgenosse“, allerdings ohne Zweifel auch ein aktives Gewerkschaftsmitglied. Diesem gegenüber Drohungen auszustoßen und Austrittsaufforderungen auch nur anzudeuten, sei „schlechtesten Stil“ und in der Sache nicht zielführend.<sup>190</sup> In einem weiteren Leserbrief in derselben Ausgabe äußerten zwei Mitglieder ähnliche Auffassungen.<sup>191</sup>

Der Außenstehende ist hier freilich wiederum nicht berufen, in „richtig“ und „falsch“ einzuteilen oder allzu kühne Urteile über die Beteiligten zu fällen. Allein: Der Zwischenfall ereignete sich zu einem für das Bundeskriminalamt schwierigen Zeitpunkt langanhaltender Konsolidierung. Zugleich trat der Bezirk in dieser Phase immer wieder mit Kritik am Bundesinnenminister hervor, die sich insbesondere auf Stilfragen kaprizierte. Im Rückblick muss daher - und zwar ohne klare Antwortoptionen - die offene Frage in den Raum gestellt werden, ob die innerverbandlich zur Anwendung gebrachten Formen des Umgangs mit einer Mindermeinung (unbesehen der Würdigung von deren sachlichem Gehalt) wirklich adäquat gewesen sind und durch die öffentliche Prägung des Tribunals nicht auch Verunsicherung und schlechte Stimmung in Mitgliederkreise getragen worden ist.

Im Verlauf des Jahres 1996 und bis an sein Ende vermochte der GdP-Bezirk nicht so recht zur Ruhe zu kommen, schwenkte aber immerhin wieder auf inhaltlich-sachliche Arbeit um. Dies wurde auch dringlich, als der neue BKA-Präsident Kersten die Personalratsvorsitzende Wagener - entgegen informeller Handhabung seit vielen Jahren - nicht mehr zu den Abteilungsleiterbesprechungen

---

<sup>188</sup> Vgl. die Reaktionen von Heinz Simons und Horst Kempe in: *Deutsche Polizei* 4/1996, S. BKA 4f.

<sup>189</sup> Siehe hierzu die Leserbriefe von Norbert Beilig, Uwe Broßmann und „Schommer“ sowie Kurt Dürr in *Deutsche Polizei* 5/1996, S. BKA 13.

<sup>190</sup> Zitiert nach Arno Falk, Leserbrief, in: *Deutsche Polizei* 6/1996, S. BKA 7.

<sup>191</sup> Siehe dazu Heidi Rall / Werner Nauert, Leserbrief, in: ebd., S. BKA 7.

hinzuzuziehen gedachte.<sup>192</sup> Wagener selbst übte zu diesem Verhalten deutliche Kritik in der Wiesbadener Personalversammlung und bezeichnete es als ein wenig verschämtes „Herauskomplimentieren“ der gewählten Vertreterin der Beschäftigten.<sup>193</sup>

Noch im Dezember 1996 wurde die Arbeit der Aktiven durch eine kleinere Kontroverse flankiert, in welcher der seinerzeit als stellvertretender Bundesvorsitzender amtierende Konrad Freiberg (2000-2010 GdP-Bundesvorsitzender) involviert war. Dieser übte in einem an den Publizisten Berndt Georg Thamm adressierten Brief, der zugleich in Kopie an Hans-Georg Fuchs verschickt wurde, massive Kritik an BKA-Chef Kersten: Das Bundeskriminalamt werde nur noch verwaltet, Kersten habe sich in gewisser Weise Innenminister Kanther angepasst und spiele damit einem Bedeutungsverlust der Behörde in die Hände.

Bemerkenswert ist in der Rückschau allerdings, dass diese Kritik ihren Ursprung wohl nicht nur in sachlichen, sondern auch persönlichen Divergenzen fand: Kersten hatte Fuchs und Thamm zuvor - aus im Dunkeln bleibenden Gründen - ein Vorwort zur Neuauflage ihres gemeinsamen Buches „Das Mafia-Syndrom“ (inzwischen als „Mafia global“ firmierend)<sup>194</sup> verweigert. Fuchs nahm den Vorfall zur Kenntnis und notierte als Randbemerkung neben die Ankündigung der Kritik, die auch in der *Deutschen Polizei* ihren Niederschlag fand<sup>195</sup>, ein zustimmendes „gut!“.<sup>196</sup>

---

<sup>192</sup> Vgl. den damit einhergehenden Schlagabtausch, dokumentiert von Hans Wagener / Arno Falk, Personalratsversammlung Juni 1996 - Neue Zeiten fürs BKA?, in: *Deutsche Polizei* 8/1996, S. BKA 8-10.

<sup>193</sup> Zitiert nach Dies., Ende der Schonfrist!, in: *Deutsche Polizei* 2/1997, S. BKA 1-4, das Zitat S. 1.

<sup>194</sup> Vgl. Berndt Georg Thamm / Konrad Freiberg, *Mafia global. Organisiertes Verbrechen auf dem Sprung in das 21. Jahrhundert*, Hilden 1998.

<sup>195</sup> Siehe hierzu Kerstens - aus Freibergs Sicht - mangelnde Öffentlichkeitsarbeit und -wirkung kritisierenden und dies auf seine Herkunft aus dem Innenministerium zurückführenden Artikel Konrad Freiberg, Sprache verloren, in: *Deutsche Polizei* 1/1997, S. 4. Freibergs Sicht wurde im Bundeskriminalamt aber durchaus geteilt. Vgl. mit direktem Bezug aus Meckenheimer Perspektive [HRS], Personalversammlung, in: *Deutsche Polizei* 2/1997, S. BKA 9.

<sup>196</sup> Vgl. zum Vorfall das Schreiben Freibergs an Thamm vom 27. Dezember 1996, in: Ordner „Allgemeiner Schriftwechsel“ (enthält Korrespondenz von 1995-2006) im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden.

## 7. Fallbeispiele zur Entwicklung einzelner Kreisgruppen

### a) Die Kreisgruppe BStU / Bundesbeauftragter

Nach der Öffnung der Berliner Mauer, die den Umbruch in der ehemaligen DDR krönte, begann eine Zeit der Umorientierung für jene Beschäftigten, die als Personen- und Objektschützer in der Hauptabteilung Personenschutz des Ministeriums für Staatssicherheit gearbeitet und dessen hauptamtliche Mitarbeiter gewesen waren. Etliche von ihnen wurden, nachdem das Ministerium im Januar 1990 aufgelöst wurde, zur Sicherung der DDR-Volkskammer eingesetzt und mit Gründung der BStU zu dieser abgeordnet und im Verlauf des Jahres 1991 mit Arbeitsverträgen ausgestattet.

Stellvertretend für diejenigen, die den Wunsch hatten, sich nun gewerkschaftlich zu organisieren, fragte Klaus Schreier am 15. Januar 1991 bei der BKA-Bezirksgruppe nach, ob sie in der GdP richtig organisiert seien. Hans-Georg Fuchs ließ Ernst Lübbehusen unmittelbar im Anschluss daran wissen, wie wichtig es sei, „daß wir diese Kollegen nicht der ÖTV überlassen“ und argumentierte, Schreier antwortend, im Deutschen Bundestag sowie in den BKA-Haussicherungsdiensten seien die Beschäftigten ebenfalls GdP-organisiert.<sup>197</sup> Am 26. März 1991 konstituierte sich die Kreisgruppe „Sonderbeauftragter“ und Egon Krüger wurde bei drei Gegenkandidaten zum Vorsitzenden gewählt.<sup>198</sup> Wichtige Anschubhilfe gaben den Aktiven dabei Erwin Fröhlich und Ernst Lübbehusen. Letzterer, ein ehemaliger Beschäftigter des Bundeskriminalamtes, war in den Aufbaustab der „Gauck-Behörde“ abgeordnet worden und nahm sich als erfahrener Gewerkschafter im Sinne von freundschaftlicher „Aufbauhilfe“ der neuen Kolleginnen und Kollegen an.<sup>199</sup>

Ganz unumstritten war die Aufnahme der Berliner Kollegen jedoch nicht. Am 13. Juni 1991 monierte der Vorstand der Wiesbadener Kreisgruppe, die Bemühungen um die neue Kreisgruppe sollten bitte eingestellt werden, ihre Integration in die Bezirksgruppe sei bisher ohne Beteiligung der Basis, folglich ohne kritische Rückkopplung erfolgt. Man habe im BKA bei der GdP immer „fachorientiert

---

<sup>197</sup> Vgl. den Schriftwechsel im Ordner „Kreisgruppe Bundesbeauftragt. BERLIN (Gauck)“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>198</sup> Vgl. das Protokoll der Gründungsversammlung der Kreisgruppe der GdP der Behörde des Sonderbeauftragten der Bundesregierung vom 26. März 1991 (dem Verfasser in Kopie von Sigurd Schulz zur Verfügung gestellt).

<sup>199</sup> Gespräch des Autors mit Ernst Lübbehusen in Berlin am 18. April 2012.

und hausbezogen“ gearbeitet, agiere nun aber mit einem ehrgeizigen bundespolitischem Fokus, bei dem ein Konflikt mit der ÖTV absehbar wäre.<sup>200</sup>



**Der Gründungsvorsitzende der Kreisgruppe, Egon Krüger,  
im Gespräch mit Georg Schikowski (Foto: unbekannt)**

Den Aktivitäten in Berlin mochte solche Kritik keinen Abbruch tun: Am 21. September 1991 veranstaltete die Kreisgruppe eine erste größere Tagung mit Gästen von der Bezirksgruppenebene, bei der unter anderem Personalvertretungsrecht auf der Tagesordnung stand.<sup>201</sup> Schon zuvor, am 6. September, hatte sie in einem Gespräch bei Joachim Gauck<sup>202</sup> klar formuliert, dass ihr die Themen Verbeamtung und Dienstkleidung sowie eine tarifliche Neueinstufung der Beschäftigten im Haussicherungsdienst auf den Nägeln brennen würden. Am 23. Oktober 1991 ließ Gauck die GdP-Bezirksgruppe schriftlich wissen, er sei von der Arbeit der Kreisgruppe angetan und zuversichtlich, dass im Zuge von Fortbildungsmaßnahmen bis 1996 erreicht werden könne, die Organisierten gemäß den allgemeinen Anforderungen an den einfachen und mittleren Beamten dienst zu qualifizieren.<sup>203</sup>

<sup>200</sup> Vgl. das Schreiben der Wiesbadener Kreisgruppe an Hans-Georg Fuchs vom 13. Juni 1991, in: Ordner „Vorstand GdP Kreisgr. WI“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>201</sup> Vgl. Erwin Fröhlich, Informationsveranstaltung der Kreisgruppe Sonderbeauftragter Berlin, in: *Deutsche Polizei* 11/1991, S. BKA 1f.

<sup>202</sup> Vgl. das Protokoll der Zusammenkunft am 6. September 1991 (ohne Datum, dem Verfasser in Kopie von Sigurd Schulz zur Verfügung gestellt).

<sup>203</sup> Vgl. das Schreiben in: Ordner „Kreisgruppe Bundesbeauftragt. BERLIN (Gauck)“ im Archiv des GdP-Bezirks, Wiesbaden.

Seit ihrer Gründung hat sich die Kreisgruppe zu einer Organisation entwickelt, die sich in der Personalvertretung spezifischen Angestelltenproblemen des Haussicherungsdienstes widmet, Mittel gegen die Vergabe immer kürzer befristeter Zeitverträge sucht und andererseits als Teil einer Gewerkschaft Mitgliederzufriedenheit durch gesellige Treffen und Ausflüge – wie die traditionellen Ausflüge zum Hochseeangeln - anstrebt.<sup>204</sup>

1993 konnte erstmals vorsichtig Bilanz der bis dahin vollzogenen Aktivitäten gezogen werden. Die Mitglieder der Kreisgruppe hätten in einem Lernprozess wesentliche Züge des Tarif- und Personalvertretungsrecht verinnerlicht, Gewerkschaftsgruppen in allen 13 (damaligen) Außenstellen etabliert, die Personalratswahlen 1992 erfolgreich bestritten und schon jetzt wesentliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielen können, hieß es in einem Rückblick für den 11. Bezirksgruppendelegiertentag. Wichtig sei aber für die Zukunft noch mehr Engagement, denn: „Erfolge entstehen nicht durch Trittbrettfahrer, ständige Nörgler oder ewig Unzufriedene.“<sup>205</sup> Als sich der Vorstand im gleichen Jahr zur Wiederwahl stellte (und Egon Krüger erneut zum Vorsitzenden gewählt wurde), formulierte die Kreisgruppe bemerkenswert offen: „Und wir sind eben nur in der GdP ‚richtig aufgehoben‘.“<sup>206</sup>

Die guten Beziehungen der GdP-Kreisgruppe insbesondere zu Joachim Gauck dokumentierten sich auch im Umstand, dass dieser auf dem 12. Delegiertentag des Bezirks am 18. März 1998 einen Festvortrag hielt, der bis heute von vielen Beteiligten gern erinnert wird.<sup>207</sup> 1994 zählte die Kreisgruppe 243 Mitglieder<sup>208</sup>, 1997 waren es 251.<sup>209</sup>

Egon Krüger, welcher der Kreisgruppe seit ihrer Gründung bis 2000 vorstand, zog sich im April 2000 aus beruflichen Gründen aus dem Vorsitz zurück und übergab den Staffelstab an den bis heute amtierenden Sigurd Schulz.<sup>210</sup> Im selben Jahr wurde das GdP-Mitglied Dietmar Kohl sogar Vorsitzender des örtlichen Personalrates in Berlin.<sup>211</sup> Seitdem hat die Kreisgruppe ihre Präsenz in den

---

<sup>204</sup> Wenn nicht anders angegeben, beruht das Folgende auf einem Gespräch des Autors mit Egon Krüger und Sigurd Schulz am 17. April 2012 in Berlin.

<sup>205</sup> Zitiert nach ohne Autor, Die GdP-Kreisgruppe Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (BStU) Berlin, in: Arno Falk (Redakteur), 11. Ordentlicher Delegiertentag vom 26. bis 27. April 1994, Penta-Hotel in Wiesbaden, Düsseldorf 1994, S. 28f., hier S. 29.

<sup>206</sup> Zitiert nach den Rededispositionen des Kreisgruppenvorstandes für die Mitgliederversammlung, ohne Datum (Oktober 1993), in: in: Ordner „Kreisgruppe Bundesbeauftragt. BERLIN (Gauck)“ im Archiv des GdP-Bezirks, Wiesbaden.

<sup>207</sup> Vgl. ohne Autor, Im Zeichen der Öffentlichkeit – der 2. Tag, in: *Deutsche Polizei* 5/1998, S. BKA 4-6.

<sup>208</sup> Vgl. den Ordner „Kreisgruppe BStU ab 1994“ im Archiv des GdP-Bezirks BKA in Wiesbaden.

<sup>209</sup> Vgl. das Protokoll des Wahlvorstandes vom 01. Oktober 1997, in: ebd.

<sup>210</sup> Vgl. das Schreiben des BStU-Kreisgruppenvorstandes an den Bezirk BKA vom 25. April 2000, in: ebd.

<sup>211</sup> Vgl. Ernst Lübbehusen, Neuer ÖPR-Vorsitzender, in: *Deutsche Polizei* 7/2000, S. BKA 2.

Personalvertretungen, auch nach dem 2005 erfolgten Wechsel in den Geschäftsbereich des Staatsministers für Kultur und Medien, konsolidieren können.<sup>212</sup>

Im März 2011 feierte die Kreisgruppe schließlich ihr 20-jähriges Bestehen. In der dazu herausgegebenen, reich bebilderten Festschrift präsentierte sich die Kreisgruppe als eine die Gewerkschaftsarbeit und gesellige Momente gleichermaßen verbindende Organisation. In einem Grußwort fasste „Geburtshelfer“ Erwin Fröhlich zusammen: „Nach außen stark, im Innern gefestigt, tritt die Kreisgruppe BStU zuversichtlich in das dritte Jahrzehnt.“<sup>213</sup>

**Zusammenkunft von Aktiven und „Ehemaligen“ anlässlich der Verabschiedung von Winfried Wahlig (vorn Mitte) in den Ruhestand 2004: im Bild u.a. Erwin Fröhlich (hinten links), Ernst Lübbehusen (hinten rechts) und Sigurd Schulz (vorn links)**



Neben den unbestreitbaren Erfolgen, die die Kreisgruppe mehr als 20 Jahre nach ihrer Gründung vorzuweisen hat, gibt es für sie aber auch lange, von der Vergangenheit geworfene Schatten: Das Thema Staatssicherheit hatte die Kreisgruppe nämlich schon in ihren Anfängen 1991 berührt.<sup>214</sup> Stellvertretend führte Bezirksgruppenchef Hans-Georg Fuchs damals aus, bei den ehemaligen Beschäftigten des Personen- und Objektschutzes handele es sich um „absolute Profis“, sie seien aber keine „Stasi-Leute im klassischen Sinne“, sondern nur organisatorisch dem MfS unterstellt gewesen. Sie hätten sich zu keiner Zeit an Spionage oder an „Schnüffeleien gegen die Bürger der ehemaligen DDR“ beteiligt.<sup>215</sup> Im Spätsommer machte sich der Vorsitzende dann erneut für die Kreisgruppe stark: Ihre Ausstattung mit Handfeuerwaffen zur Erfüllung ihrer Sicherungsaufgaben mache die Beschäftigten zu Trägern hoheitlicher Aufgaben und bedinge einerseits ihre Organisation in der GdP, zum anderen aber auch die ausdrückliche Notwendigkeit ihrer Verbeamtung.<sup>216</sup>

Seit 2007 aber ist die GdP-Kreisgruppe in den Fokus publizistischer Berichterstattung geraten, die sich insbesondere auf die in Personalvertretungen Gewählte fokussiert und mit der BStU-

<sup>212</sup> Vgl. die Chronologie in ohne Autor, 20 Jahre Kreisgruppe BStU, ohne Ort ohne Jahr, S. 11-31.

<sup>213</sup> Zitiert nach Erwin Fröhlich, Grußwort, in: ebd., S. 5f., das Zitat S. 5.

<sup>214</sup> Vgl. zu den Vorhaltungen gegen die ehemaligen Beschäftigten des MfS das inzwischen öffentlich gemachte Dossier Hans Klein u.a., Gutachten über die Beschäftigung ehemaliger Angehöriger der MfS bei der BStU, Berlin 2007, Onlineresource: <http://wikileaks.org/wiki/Stasi-in-bstu.pdf> [letzter Zugriff am 19. Juni 2013].

<sup>215</sup> Zitiert nach dem Schreiben Fuchs' an Ekkehard Petersdorf vom 18. September 1991, in: Ordner „Kreisgruppe Bundesbeauftrag. BERLIN (Gauck)“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden, die Zitate S. 1f.

<sup>216</sup> Vgl. das Schreiben Fuchs' an Gauck vom 29. August 1991, in: ebd.

Sprachregelung, alle Beschäftigten würden regelmäßig auf ihre Vergangenheit überprüft, äußerst kritisch ins Gericht geht.<sup>217</sup> Konfliktpotential in dieser Frage besteht inzwischen auf sehr konkreter Ebene. Der seit 2010 amtierende Bundesbeauftragte, Roland Jahn, nimmt in dieser Frage einen Standpunkt ein, der sich von der Haltung seines Vor-Vorgängers Joachim Gauck und seiner Vorgängerin Marianne Birthler erheblich unterscheidet: „Hauptamtliche Tätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit bedeutet, jemand hat es zu seinem Beruf gemacht, sich am Unterdrückungsapparat der Diktatur in der DDR zu beteiligen. Es war jemand, der eine bewusste Entscheidung getroffen hat, diesen Unterdrückungsapparat mit am Funktionieren zu halten, der die Privilegien dieser Gruppe für sich in Anspruch genommen hat.“<sup>218</sup>

Anfang 2011 zeigte die GdP-Kreisgruppe, unterstützt durch die Anwesenheit von Bezirkschef Jürgen Vorbeck, bei ihrem Antrittsbesuch bei Jahn „klare Kante“, indem sie seinen erklärten Plänen - der Wegversetzung der ehemaligen Beschäftigten des MfS aus seinem Haus - eine deutliche Absage erteilte. In einem Bericht zum Treffen in der *Deutschen Polizei* ermahnte Jürgen Vorbeck den neuen Behördenleiter, seine gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen und sich nicht als unberufener „Anwalt der Opferverbände“ zu gerieren.<sup>219</sup>

Im November 2011 brachte die GdP erneut gegenüber Jahn ihren Schulterchluss in dieser Frage zum Ausdruck. Im Bezirksjournal druckte sie einerseits den Brief des damaligen GdP-Bundeschefs Bernhard Witthaupt ab, der sich für die 45 betroffenen Berliner Beschäftigten verwandte und nochmals auf den historischen Prozess vielfacher Überprüfungen verwies. Andererseits flankiert das Journal dieses Schreiben mit einem Meinungsartikel von Bezirkschef Vorbeck, der eine „unsägliche Kampagne“ Jahns beklagte und den Gerichtsweg gegen eine mögliche Novellierung des so genannten Stasi-Unterlagen-Gesetzes in Aussicht stellte.<sup>220</sup>

---

<sup>217</sup> Vgl. Sven Felix Kellerhoff/Uwe Müller, Selbst verschuldet. Die Stasi-Unterlagenbehörde in der Legitimationskrise, in: *Deutschlandarchiv* 2/2007, S. 197- 201.

<sup>218</sup> Siehe: „Rache war nie mein Sinnen.“ Ein Interview der Tageszeitung *Neues Deutschland* mit Roland Jahn, [http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragteUndBehoerde/Bundesbeauftragter/Interviews/2011\\_05\\_19\\_jahn\\_nd\\_interview.html](http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragteUndBehoerde/Bundesbeauftragter/Interviews/2011_05_19_jahn_nd_interview.html), [letzter Zugriff am 19. Mai 2012].

<sup>219</sup> Vgl. Jürgen Vorbeck, Hat der BStU kein anderes Problem?, in: *Deutsche Polizei* 5/2011, S. BKA 1.

<sup>220</sup> Zitiert nach dem Artikel ohne Autor, Schon wieder Sondergesetze?, in: *Deutsche Polizei* 10/2011, S. BKA 1.

## **b) Die Kreisgruppe beim Polizei- und Sicherheitsdienst des Deutschen Bundestages (PoIDBT)**

Gegründet am 28. Mai 1973 mit einer Belegschaft von 22 Mitgliedern, standen bei der Bonner und späteren Berliner Kreisgruppe von 1973 bis 1979 der Gründungsvorsitzende Stefan Schneider, von 1979 bis 1982 Peter van der Mark, und von 1983 bis 1992 als Vorsitzender Rüdiger Steen in Verantwortung. Steen wurde im März 1993 von Michael Reinke abgelöst. Als gewerkschaftliche Probleme dieser Jahre erwiesen sich der aufziehende Umzug von Bonn nach Berlin, den die Hälfte der Organisierten nicht mittragen wollte, um in Bonn bleiben zu können<sup>221</sup>. 1993 wurde das 20-jährige Jubiläum der Kreisgruppe in einer eigenständigen Festschrift gewürdigt.<sup>222</sup>

Seit 2003 sitzt der Kreisgruppe Ralph Igel vor. Dessen Wahl wurde von seinem Vorgänger mit der Bemerkung, die Mitgliederversammlung habe sich „wieder einmal für einen Vorgesetzten als Vorsitzenden entschieden“, kommentiert.<sup>223</sup> Unterdessen fochten Kreisgruppe und Bezirk weiterhin für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn auf der Grundlage der 1993 erlassenen Laufbahnverordnung.<sup>224</sup>



**Auch der 30. Jahrestag der  
Gründung wurde mit einer  
Broschüre gewürdigt;  
im Bild ist deren Vorderseite  
abgebildet**

<sup>221</sup> Siehe hierzu das Protokoll der Mitgliederversammlung der Kreisgruppe am 22. Juni 1992 vom 25. Juni 1992 und das Fax an Hans-Georg Fuchs vom 7. März 1993, in: Ordner „Kreisgruppe PoIDBT“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden.

<sup>222</sup> Vgl. Michael Reinke (Red.), 20 Jahre Kreisgruppe Polizei- und Sicherheitsdienst Deutscher Bundestag, Hilden 1993.

<sup>223</sup> Siehe hierzu die e-Mail Uwe Schwatkes an die Geschäftsstellenbeschäftigte von Kahlen vom 11. Juli 2003, in: Ordner „Kreisgruppe PoIDBT“ im Archiv des GdP-Bezirks in Wiesbaden.

<sup>224</sup> Siehe hierzu das Schreiben von Winfried Wahlig an Wolfgang Thierse vom 31. März 2003, in: ebd.

## 8. Zusammenfassung und Thesenbildung

Nicht nur mit Blick auf die beiden zuletzt genannten Kreisgruppen, sondern auch allgemeiner formuliert, lässt sich weiterhin behaupten, dass der GdP-Bezirk Bundeskriminalamt stabil aufgestellt ist und die Turbulenzen der 1980er Jahre, aber auch des Jahres 2004 hinter sich gelassen hat. Seit 2006 sitzt dem Bezirk Jürgen Vorbeck vor.<sup>225</sup> In den sechs Kreisgruppen des Bezirkes waren mit Stand vom 30. April 2012 1.445 Mitglieder organisiert.

Nach Ablauf des 50. Jahrestages ihrer organisatorischen Eigenständigkeit und im 61. Jahr ihres Bestehens kann die Gewerkschaft der Polizei im Bezirk Bundeskriminalamt auf zum Teil beachtliche Erfolge in der gewerkschaftlichen Vertretung ihrer Mitglieder und in der Personalratsarbeit zurückblicken. Sie hat große Wahlsiege gefeiert – und vereinzelt bittere Pillen schlucken müssen. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht ergibt sich ein Bündel von - wahrscheinlich nicht überall geteilten und sich daher als streitbar verstehenden - Thesen:

1. In der Geschichte des GdP-Bezirks BKA lassen sich Wachstumsraten bei den Mitgliederzahlen (nachvollziehbarer Weise) in Zeiten großen Personalaufwuchses in den entsprechenden Behörden feststellen. In mindestens zwei Fällen (erstens zu Beginn der 1990er Jahre im Zuge der Wiedervereinigung und der Wiedergründung der Kreisgruppe BfV, zweitens als stabilisierender Kamm nach 2001 und dem damit einhergehenden Personalaufwuchs unter den Vorzeichen der Terrorismusbekämpfung) wurden so vorher stattgefundene „Verlustwellen“ statistisch nivelliert. Angesichts inzwischen üblicher regelmäßiger Sparankündigungen auch für Behörden im Politikfeld Innere Sicherheit und eines weiterhin - sicherlich ist dies nur begrenzt verallgemeinerbar - sinkenden Organisationsgrades von Gewerkschaften bei den jeweiligen Belegschaften muss ein absehbarer Mitgliederschwund einschließlich der mit ihm verbundenen Folgen als mögliche Zukunftsperspektive ins Auge gefasst werden.

2. Seine historische Sonderstellung verlangt vom GdP-Bezirk geradezu gebieterisch, weiterhin sorgfältig zwischen sachlicher Gewerkschafts- und Personalvertretungsarbeit einerseits und im Einzelfall notwendiger, dann legitimer Politisierung andererseits zu trennen und dabei akribisch eine Aufweichung seiner grundsätzlichen Prinzipien zu vermeiden. Auf diese Weise wird der Bezirk Kritik und künftige Vorwürfe, die sich auf die Verfechtung von Partikularinteressen, auf eine unrühmliche Rolle als „Schutztruppe der Insider“, auf das vermeintlich ungestörte und unkontrollierbare Treiben

---

<sup>225</sup> Vgl. Alexander Gauch / Gustel Mechler, Generationswechsel an der Spitze des Bezirks, in: *Deutsche Polizei* 6/2006, S. BKA 4f.

von Funktionärseliten, auf Ämterpatronage und mangelnde innere Demokratie beziehen könnten, leichter vermeiden können.<sup>226</sup>

3. Die Verantwortlichen im GdP-Bezirk seien hiermit angehalten, die Kräfteverhältnisse zwischen den Kreisgruppen durch behutsamen Minderheitenschutz im Gleichgewicht zu halten. So ist es zunächst für Außenstehende zweifellos beeindruckend, die gebündelten Abdrucke von die GdP lobenden Grußworten etwa durch den damaligen Bundesinnenminister, den BKA-Präsidenten und den Präsidenten des BfV zum 15. ordentlichen Delegiertentag 2010 zu lesen.<sup>227</sup> Ähnlich eindrucksvoll nehmen sich die dort gehaltenen Berichte aus, die unter anderem von der (Re-)Etablierung einer Frauen- und einer Jungen Gruppe im Bezirk künden.<sup>228</sup> Doch sind Stellungnahmen wie jene des Vorsitzenden der Kreisgruppe Meckenheim, der ebenfalls öffentlichkeitswirksam seinem Unmut über die Nichtwahl einer Meckenheimer Mitstreiterin Luft machte und mangelnde „Beachtung der Mitgliederzahl“ im geschäftsführenden Bezirksvorstand monierte, sicher geeignet, hier etwas Wasser in den Wein zu mischen.<sup>229</sup>

4. Die in These drei geschilderten Befunde gelten analog für den Umgang mit einzelnen Mitgliedern. Dabei sollte, so banal es zunächst klingen mag, gelten: Auch Vorsitzende und Vorstandsmitglieder sind weder sakrosankt noch unfehlbar. Insbesondere die Kontroverse um Heiko Loesing hat beim Autor allerdings den Verdacht nahegelegt, dass, wenn schon der Vorwurf des Gefühls der eigenen Unfehlbarkeit sicher nicht zutreffen mag, Vorstandspositionen auf Dauer eine gewisse Dünnhäutigkeit und den Hang zur Erhebung einmal als richtig oder nützlich erkannter Sichtweisen zu regelrechten Glaubensbekenntnissen nach sich zu ziehen scheinen. Einmal Erprobtes und Bewährtes wird dann mit großer Energie verteidigt, eine gegenläufige Position unter Umständen als „unbequem“ gelabelt und entsprechend behandelt. Wenigstens im Austausch mit der Gewerkschaftsbasis dürfen daraus aber keinesfalls Handlungsweisen abgeleitet werden, die den geringsten Verdacht erwecken, es würde zensiert oder gewissermaßen niedergebrüllt.

5. Seine Erfahrungen aus mehr als 60 Jahren Geschichte sollten den GdP-Bezirk Bundeskriminalamt jenem verpflichten, was Hans Mommsen dem Bundesverband schon 1985 empfahl: „Die besondere Aufgabenstellung der Polizeikräfte im demokratischen Gemeinwesen verpflichtet ihre gewerkschaftlichen Repräsentanten, über die Wahrnehmung der unmittelbaren beruflichen und

<sup>226</sup> Vgl. Reuter, *Polizeigewerkschaften*, S. 207-218, das Zitat S. 210.

<sup>227</sup> Vgl. Arno Falk (Redakteur), *Für Sicherheit und soziale Gerechtigkeit*. 15. Ordentlicher Delegiertentag, 28./29. April 2010 in Berlin. Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundeskriminalamt, Wiesbaden 2010, die Grußworte S. 2-5.

<sup>228</sup> Vgl. Gustel Mechler, *Für Sicherheit und soziale Gerechtigkeit*, in: *Deutsche Polizei* 6/2010, S. BKA 1-3.

<sup>229</sup> Vgl. Werner Voß, *Meinung: Ein gelungener Bezirksdelegiertentag – aber für die Kreisgruppe Meckenheim – wieder – ein schwarzer Tag*, in: *Deutsche Polizei* 6/2010, S. BKA 3. Siehe dazu auch die Stellungnahme von Jürgen Vorbeck, *Anmerkung des Vorsitzenden zum Artikel von Werner Voß*, in: ebd., S. 3, die sich um Aufklärung bemühte, aber das Problem nachvollziehbar nicht ad hoc lösen konnte.

sozialen Interessen ihrer Mitglieder hinaus auch Anwalt der Bereitschaft zu ständiger innerer Reform mit dem Ziel, demokratische Grundsätze praktisch zu realisieren, zu sein.“<sup>230</sup>

Den Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik steht nicht nur parlamentarische Kontrolle, sondern auch beständige Reform, wenigstens bezogen auf die Bereitschaft zur begründeten Veränderung und Anpassung, gut zu Gesicht. Im 60. Jahr des Bestehens der GdP im Bundeskriminalamt verbindet sich damit abschließend meine Hoffnung gegenüber dem Bezirk und seinen Aktiven, sie mögen entsprechend in ihren Dienststellen wirken. Ich bin mir sicher, auch wenn wir in Zukunft nicht in jedem Punkt einer Meinung sein werden (und auch gar nicht sein müssen), dass diesem Wunsch entsprochen werden wird.

Kontakt zum Verfasser:

Andrej Stephan  
Luisenstr. 3  
06108 Halle (Saale)

andrejstephan@web.de  
<https://www.facebook.com/andrej.stephan>

---

<sup>230</sup> Zitiert nach Mommsen, 40 Jahre, S. 25.